

Wirtschaft quer

Nr. 161-196 (Mai 2016 - Januar 2017)

Vorwort



In diesem Heft finden Sie die Beiträge Nr. 161 bis 196 meiner Kolumne „Wirtschaft Quer“ aus dem Sonntagsteil der Neuen Südtiroler Tageszeitung.

Die Themen gehen von der Glaubwürdigkeit der Medien („Fake News“) über die Vermögensverwaltung des Landes bis hin zu den notleidenden Banken Italiens. Gemeinsamer Nenner ist immer die Betrachtung aus der Sicht des kritischen Beobachters, gepaart mit dem Ziel, wirtschaftliche und sozialpolitische Vorgänge im eigenen Land und in der Welt für Otto Normalverdiener zugänglich zu machen.

Denn Wirtschaft ist nicht ein Vorrecht der Bosse und Aktienbesitzer, nicht ein Sonderfall für Steuerberater und Wirtschaftsinstitute, sondern Wirtschaft betrifft uns alle, quer durch alle Schichten und quer durch alle Themenkreise.

„Wirtschaft Quer“ ist nicht nur Meinung, sondern immer auch zahlengestützte Analyse. Oft verbunden mit Hinweisen und Aufforderungen an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft.

Ich danke dem Herausgeber für den Raum, den er einer unabhängigen Stimme in seiner Zeitung einräumt und ich danke allen Leserinnen und Lesern für ihr Interesse und die zahlreichen Rückmeldungen.

Viel Vergnügen beim Lesen der einzelnen Beiträge in der vorliegenden Sammlung von „Wirtschaft Quer“

wünscht

Stefan Perini
Direktor AFI | Arbeitsförderungsinstitut

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsmarkt.....	5
N. 162/29.05.2016 Wie 10 Jahre die Arbeitnehmerschaft verändert haben	
N. 163/05.06.2016 Die Ernüchterung	
N. 164/11.06.2016 Jugend 2020	
N. 167/02.07.2016 Tipps fürs gute Praktikum	
N. 172/06.08.2016 Arbeitslos ist nicht gleich ohne Arbeit	
N. 177/10.09.2016 Ja zu dezentralen Arbeitsplätzen	
N. 185/12.11.2016 Arbeitszeiten zwischen Wunsch und Wirklichkeit	
N. 189/10.12.2016 Personalleiter zum Appell	
Einkommen.....	9
N. 168/10.07.2016 Warum nicht mit Ethik?	
N. 173/12.08.2016 Glücksspiel zwischen Lust und Last	
N. 182/22.10.2016 Verlierer	
N. 193/07.01.2017 EU: Jeder sechste Arbeiter ist Niedriglohnempfänger	
Konjunktur.....	11
N. 179/24.09.2016 Zugmaschine Gastgewerbe	
N. 190/17.12.2016 Die Rückkehr der Inflation	
Sozialpartnerschaft.....	12
N. 183/29.10.2016 Das Schwungrad ist angestoßen	
N. 184/05.11.2016 Tradition:Bremsfaktor für soziale Mobilität?	
N. 191/24.12.2016 Mehr schein als heilig	
N. 195/21.01.2017 Drei schlechte Zitate und ein gutes	
Welfare.....	14
N. 176/03.09.2016 Amatrice	
N. 180/08.10.2016 Schulden einmal anders gelesen	
N. 187/26.11.2016 Feilen am Modell	
N. 188/03.12.2016 Landshaushalt zwischen Sein und Schein	
N. 194/14.01.2017 Der Baukasten für soziale Gerechtigkeit	
N. 196/28.01.2017 Vom Eigentum zur Nutzung	

Wirtschaftspolitik **17**

- N. 170/23.07.2016 Italien an der Spitze
- N. 175/27.08.2016 Südtirol - von wegen niedrige Exportquote!
- N. 178/17.09.2016 Die Laffer-Kurve
- N. 181/15.10.2016 Trennlinien!

Zukunftsfähigkeit.....19

- N. 161/22.05.2016 Kampf den Energiefressern
- N. 165/18.06.2016 Ein Land schrumpft
- N. 166/25.06.2016 Europa muss sich neu besinnen
- N. 169/16.07.2016 Die Minusgesellschaft
- N. 171/30.07.2016 Total digital
- N. 174/19.08.2016 Die unerträgliche Leichtigkeit des Neins
- N. 186/19.11.2016 Besorgt und geläutert
- N. 192/02.01.2017 Was können wir noch glauben?

Arbeitsmarkt

N. 162/29.05.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Das öffentlich zugängliche Data-warehouse vom Amt für Arbeitsmarktbeobachtung ist eine wahre Fundgrube für Wissensdurstige. Wie hat sich die Arbeitnehmerschaft im Laufe eines Jahrzehnts verändert? 2005 sprach man im Jahresschnitt noch von 167.000 Arbeitnehmern, 10 Jahre später war die Zahl auf fast 190.000 angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 23.000 Personen. Bei den Männern gab es nur einen Zuwachs um 6.000 Köpfe, von 92.000 auf 98.000. Viel stärker hingegen die Entwicklung bei den Frauen: Im Jahr 2005 zählte man 75.000 Arbeitnehmerinnen, im Jahr 2015 ganze 92.000. Das ist ein Zuwachs von 17.000 Einheiten. Bei den Sektoren kann man die Entwicklung der Wirtschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft („Tertiärisierung“) klar erkennen. Den stärksten Zuwachs an Arbeitnehmern verzeichnet nämlich der öffentli-



che Sektor (+7.000), dann das Gastgewerbe (+5.500), die privaten Dienstleistungen (+5.000) und der Handel (+3.600). Ein kleines Plus weisen noch Landwirtschaft (+2.000) und Industrie (+1.800)

Wie 10 Jahre die Arbeitnehmerschaft verändert haben

*Sektoren im Wandel, Frauenbeschäftigung, Teilzeit und Alterung haben die **Südtiroler Arbeitnehmerschaft** in nur einem Jahrzehnt erstaunlich stark verändert. Die Zahlen zeigen, was uns noch bevorsteht.*

auf. Das Handwerk hingegen wächst nicht und im Baugewerbe gehen die Beschäftigten zurück, sei es im industriellen (-1.500) wie im handwerklichen Zweig (-1.100). Ganz besonders wichtig: Der Zuwachs an Beschäftigung ist ausschließlich auf die Teilzeitarbeit zurückzuführen. Mit 140.000 bleiben die Arbeitnehmer in Vollzeit im 10-Jahres-Vergleich gleich viele. Dagegen haben sich die unselbstständig Beschäftigten in Teilzeit fast verdoppelt, nämlich von 26.000 auf knapp 50.000. Der Zuwachs ist hier wieder maßgeblich auf die Frauen zurückzuführen (+20.000), während die Zahl der Männer in Teilzeit (+4.000) nur unwesentlich angestiegen ist. Erstaunlich ist auch, wie sich in nur einem einzigen Jahrzehnt die Al-

tersstruktur verändert hat. Im Jahr 2005 stellten die Unter-30-Jährigen noch 27% der Arbeitnehmerschaft. Die mittlere Altersklasse von 30 bis 49 Jahren stellte 59% der Arbeitnehmer, die Über-50-Jährigen nur 14%. Zehn Jahre später haben die Älteren die Jüngeren überholt: Die Unter-30-Jährigen stellen nur mehr 20% der Arbeitnehmer. Aber während die „Mittelklasse“ relativ konstant bleibt (54%), schießt die ältere Belegschaft kräftig nach oben auf 26%. Dies alles zeigt eindrücklich, wie sich das Arbeits- und das gesellschaftliche Leben zügig umgestaltet, ohne dass wir es so richtig merken. Der Mensch hört halt eher den einzelnen Baum, der fällt, als das Gras, das wächst.

N. 163/05.06.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Ministerpräsident Matteo Renzi versteht es wie kein Zweiter, Zahlen als politische Erfolge zu verkaufen. Die vom nationalen Fürsorgeinstitut INPS im Laufe von 2015 veröffentlichten positiven Zahlen, was die Umwandlung von atypischen Arbeitsformen in unbefristete Arbeitsverhältnisse betrifft, sah er als Bestätigung für seinen politischen Kurs. Auch in Südtirol waren die Zahlen anfangs recht erfreulich. In einer im November 2015 erschienenen ersten Bilanz über die Auswirkungen des Jobs Act wird aufgezeigt, dass tatsächlich im Jahresverlauf eine große Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse von unbefristeten Arbeitsverhältnissen mit zunehmendem Schutz ersetzt wurden. In der Summe wurden im Jahr 2015 8.650 zusätzliche unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen. Wissenswert auch: Diese deutliche Zunahme



von unbefristeten Verträgen entfiel zu einem Drittel (+2.700) allein auf den Dezember 2015. Das war der letzte Monat, in dem die Arbeitgeber von der vollständigen Beitragsbefreiung bis zu einer jährlichen Obergrenze von 8.060 €, und zwar ganze 36 Monate lang, profitieren konnten, im Gegensatz zu den reduzierten Zuschüssen ab Januar 2016, die nur in Höhe von 40%, bis zu einer jährlichen Obergrenze von 3.250

Die Ernüchterung

Die als „Jobs Act“ bekannte Arbeitsmarktreform in Italien zeigte einige Monate lang Wirkung. Nun, knapp 1 ½ Jahre später, fällt die Bilanz wesentlich bescheidener aus. Nicht nur in Italien, auch in Südtirol.

€ und nur für 24 Monate gewährt werden. Die zweite Analyse, die von den Kollegen im Amt für Arbeitsmarktbeobachtung jüngst ausgearbeitet wurde, zeigt ein wesentlich eingetübteres Bild. In den Monaten Februar bis März 2016 sank die Zahl der Einstellungen und Vertragsumwandlungen auf das Niveau von 2012-2014, lag also deutlich unter jenem im Jahr 2015. Damit sehen sich aus wirtschaftspolitischer Sicht jene bestätigt, die überzeugt sind, dass der Weg, um mehr Jobs zu schaffen, nicht über die Lockerung des Kündigungsschutzes, sondern über die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit führt. Mit diesem Thema wurde auch INPS-Präsident Tito Boeri kon-

frontiert. Er war auf Einladung der italienischen Berufsbildung am Mittwoch zu einer Veranstaltung nach Bozen angereist. In der Frage, um wie viele Prozentpunkte der Steuerkeil (Cuneo fiscale) abgesenkt werden müsse, um signifikante Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu generieren, wollte sich Boeri nicht festlegen. Es sei vor allem eine Angelegenheit des Ausgleichs der Öffentlichen Haushalte - sprich, man müsse die Mindereinnahmen für den Staat mit Kürzungen auf der Ausgabe Seite kompensieren. Eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer, wie sie in Österreich bzw. in Deutschland diskutiert wird, steht in Italien offensichtlich noch nicht im Raum.

N. 166/11.06.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Es könnte auch anders kommen, jedenfalls mittelfristig: In Südtirol kann es wieder mehr Geburten geben und die Einwanderung kann wieder aufflammen. Beides ist jedoch unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Geburtenrate konstant bleibt. Das im besten Fall. Denn schon allein weil die „Babyboomer“, also die Jahrgänge 1945 bis 1964, das Seniorenalter erreichen, ist anzunehmen, dass die Geburten die stärksten Jahre hinter sich haben. Schon heute stellt sich die Frage: Gehen der Wirtschaft die Nachwuchskräfte aus? Das AS-TAT rechnet damit, dass bereits 2017-2018 mehr Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt ausscheiden als nachwachsende eintreten (technisch: Austauschkoefizient). Doch ganz so schlimm dürfte es nicht werden. Zum einen werden Personen in rentennahem Alter weiterarbeiten, vielleicht auch



nur in Teilzeit, zum anderen führt die steigende Produktivität automatisch zu einem geringeren Arbeitskräftebedarf. Schließlich muss man auch noch davon ausgehen, dass Erwerbsbiografien in Zukunft immer brüchiger werden, was so viel heißt, dass viele auch noch mit 45 oder 55 Jahren ihren Beruf wechseln werden. Es darf Arbeitgeber also nicht wundern, wenn bei Bewerbungen immer öfter auch ältere Jahrgänge

Jugend 2020

Am Südtiroler **Arbeitsmarkt** werden **Nachwuchskräfte** schon bald knapp. Jugendliche werden dies schon bald erkennen und sich nicht unter dem eigenen Wert verkaufen.

zur Auswahl stehen. Obwohl ältere Arbeitskräfte unbestreitbare Vorzüge haben (Loyalität, Zuverlässigkeit, Sozialkompetenz, vorhandene Netzwerke) ziehen Arbeitgeber in der Regel junge Nachwuchskräfte vor, die dem Betrieb potentiell über lange Zeit erhalten bleiben. Um diese Jugendlichen werden Südtirols Arbeitgeber schon bald buhlen. Es wird nicht leicht sein mit dieser „Generation Z“, wie sie die Fachliteratur nennt. „Generation Z“, das sind die Jahrgänge ab 1996. Diese Generation ist wählerisch. Sie will als Ressource verstanden werden und sich in der Arbeit verwirklichen. Begeistern können sich diese jungen Arbeitskräfte, wenn sie ein Projekt interessiert. Sie fordern Gestaltungsspielraum

und mögen kein vorgegebenes Zeitkorsett. Mittelfristig bahnen sich für Südtirols Jugendliche daher gute Zeiten an. Schon heute beträgt die Jugendarbeitslosigkeit in Südtirol nur 12,3% und nicht 40% wie im italienischen Schnitt. Und bald werden sie knapp werden auf dem Arbeitsmarkt. Den Jugendlichen stehen alle Bildungswege offen: die Lehre, verschiedene Oberschulen, wahlweise Universität oder Masterstudien. Um diese knappe und hochwertige Ressource werden sich die Betriebe reißen. Südtirols Arbeitgeber sind gefordert, ihren Nachwuchskräften einiges zu bieten. Sonst schlagen die Jugendlichen andere Berufs- und Bildungswege ein. Oder treffen ihre Entscheidungen mit den Füßen.

N. 167/02.07.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Insbesondere im Sommer bieten Betriebe und Organisationen verstärkt Praktika an. Das AFI untersucht seit vier Jahren die Praktika-Erfahrungen von Studenten der Universität Bozen bei Südtirols Arbeitgebern. Diese Erhebung zeigt auf, was ein „gutes Praktikum“ ausmacht. Alles beginnt mit den Erwartungen. Je besser man im Vorfeld Bescheid weiß, welche Erwartungen an das Praktikum gekoppelt sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es ein Erfolg für beide Seiten wird. Und was erwarten sich die Bewerber vom Praktikum? An erster Stelle stehen die Neugierde und der Wunsch, ein Berufsfeld genauer kennenzulernen. Es folgt das Anliegen, Erkenntnisse



aus dem Studium anwenden zu können. Wichtig ist den Praktikanten, dass sie ernst genommen werden und sich mit eigenen Ideen einbringen können. Sie wollen vom Betrieb als Ressource gesehen werden und nicht als lästiges Anhängsel, das nur für eine Beschäftigungstherapie gut ist. Das betriebliche Umfeld – verstanden als empfundene Fairness, Möglichkeit der Selbsterprobung, Begleitung durch den betrieblichen Tutor – ist tatsächlich die Grund-

Tipps fürs gute Praktikum

Sommerzeit ist Praktika-Zeit. Was den Erfolg eines Praktikums ausmacht, darüber gibt eine AFI-Studie Auskunft.

lage für eine hohe Zufriedenheit mit dem Praktikum. Eine zentrale Figur im Betrieb ist der Tutor. So, wie es wichtig ist, im Anfangsgespräch mit dem Tutor die Ziele des Praktikums einvernehmlich abzustecken, so wird es von den Praktikanten sehr geschätzt, wenn sie in einem Abschlussgespräch mit dem Tutor die Arbeits- und Bildungserfahrungen aus dem Praktikum Revue passieren lassen können. Wenn sich Studierende für Praktika bewerben, dann ist dies stets gekoppelt mit dem Wunsch, Kontakte zu knüpfen. Gleichzeitig sollte eine möglichst studiennahe Praktikums Erfahrung ein wichtiger Vermerk

im Lebenslauf sein. Die Erhebung des AFI unter den Studierenden zeigt, dass Praktika als Einstieg in die Arbeitswelt durchaus tauglich sind: in 17,3% der Fälle hat sich aus dem Praktikum eine dauerhafte bzw. projektbezogene Zusammenarbeit ergeben. Als Gradmesser für den Erfolg des Betriebes gilt die Weiterempfehlungsrate. Denn kaum etwas ist wertvoller für das Image und für die Attraktivität als potentieller Arbeitgeber, als wenn nach abgeschlossenem Praktikum gut über den Betrieb geredet wird. Das erleichtert die Akquisition wertvoller Arbeitskräfte wesentlich.

N. 172/06.08.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Südtirols Arbeitsmarktindikatoren können sich sehen lassen. Das machten einmal mehr die Kollegen der Arbeitsmarkt-Beobachtungsstelle deutlich: Mit 76,7% verzeichnet Südtirol auch im Jahr 2015 eine Erwerbstätigenquote bei den 20- bis 64-Jährigen, die deutlich über dem EU-Zielwert von 75% liegt (die Landesregierung strebt bis 2020 die Marke von 80% an!). Zwar sehen die Experten auch Schwachstellen, beispielsweise die schrittweise Verlagerung auf höhere Altersklassen und den Aufholbedarf bei der Frauenbeschäftigung, aber im Mittelpunkt des jüngsten Arbeitsmarktberichtes steht, dass Südtirol eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit von lediglich 3,8 % hat. Das bedeutet Rang 31 unter rund 300 Regionen Europas. Der Abstand Südtirols zu den besten Regionen Freiburg und Niederbayern be-

trägt lediglich 1,3 Prozentpunkte. Das Bundesland Tirol liegt mit 3,0 % an siebter Stelle, die Ostschweiz gleichauf mit Südtirol, das Trentino mit 6,8 % aber erst an 137. Stelle.

Keine bessere Gelegenheit als diese Erfolgsmeldung, um den Lesern zu erläutern, wie die Arbeitslosenquote europaweit errechnet wird. Das EU-Statistikamt Eurostat macht Stichprobenerhebungen, wobei als erwerbstätig alle Personen im Alter von 15 oder mehr Jahren gelten, die in der Bezugswoche der Befragung mindestens eine entlohnte Arbeitsstunde geleistet haben. Erwerbs-



Arbeitslos ist nicht gleich ohne Arbeit

Dass Südtirols Arbeitsmarkt im Europavergleich gut aufgestellt ist, ist allgemein anerkannt. Trotzdem ist die Wirklichkeit vielfach komplexer, als es die Statistiken abbilden.

tätig ist auch, wer eine Arbeit hat und gerade abwesend ist (Urlaub, Krankheit usw.) oder wer mit mindestens 50% Entlohnung freigestellt ist. Als arbeitslos gelten Personen im Alter von 15 bis 75 Jahren, wenn sie in den vier Wochen vor der Befragung mindestens einmal aktiv Arbeit gesucht haben und bereit sind, innerhalb von zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen. Oder: Wenn es fix ist, dass sie einen Job innerhalb der nächsten drei Monate bekommen und bereit sind, den Arbeitsbeginn auf die nächsten zwei Wochen vorzulegen.

So wertvoll die auf EU-Ebene harmonisierte Arbeitskräfteerhebung ist, so augenscheinlich sind

auch ihre Schwachstellen. Ausgeklammert werden nämlich Geringbeschäftigung und Perspektivlosigkeit. Zwischen einer Stunde in der Woche arbeiten und vom Monatslohn leben zu können liegen Welten. Ganz zu schweigen von jenen krassen Fällen, wo Arbeit gar nicht mehr gesucht wird, weil die Chancen gleich Null sind. Das trifft für Südtirol zum Glück nur wenig zu. Anderswo färben sich die Statistiken rosiger als die Arbeitsmarktsituation in Wirklichkeit ist. Beispiel Deutschland: Die amtliche Arbeitslosenrate ist zwar relativ gering, gleichzeitig aber hat die Bundesrepublik im Jahr 2015 sage und schreibe 4,3 Mio. Hartz IV-Empfänger.

N. 177/10.09.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Die Urbanisierung schreitet voran, auch in Südtirol. Viele Jugendliche zieht es in die Stadt, weil dort die hochqualifizierten Jobs sind. Die Folge sind Abwanderung und, auf lange Sicht, strukturschwache Gebiete auf dem Land. Auf's Neue beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden müssen, damit der ländliche Raum leben kann. Leider gehe der Trend in eine andere Richtung, schreiben die Landtagsabgeordneten Noggler, Wurzer und Amhof in einem Beschlussantrag an die Landesregierung: Der Staat ziehe sich aus der Peripherie zurück (Gerichtsämter, Sicherheitskräfte) - es



liege also am Land, dieser Zentralisierung im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzuwirken.

Wie es geht, macht Bayern vor. Über 50 Behörden und öffentliche Einrichtungen mit insgesamt

Ja zu dezentralen Arbeitsplätzen

Um Strukturschwächen der Peripherie auszugleichen, sollen Landesämter in den ländlichen Raum verlegt werden. Was Bayern mit Erfolg vormacht, wird auch in Südtirol funktionieren.

über 3.000 Beamten werden aus den Ballungszentren ausgesiedelt. Es soll „kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten in Stadt und Land“ geben. Für Südtirol hat Landeshauptmann Kompatscher deutlich gemacht, dass eine mögliche Dezentralisierung von Ämtern bescheidener ausfallen wird. Es ist schon paradox: Auf der einen Seite gibt die öffentliche Verwaltung „unrentable“ Außenstellen und Standorte auf. Sind die Arbeitsplätze einmal verschwunden, dann muss über die Regionalentwicklung (EFRE) und über den Sozialfond (ESF) die entstandene Strukturschwäche ausgeglichen werden. Hier sieht man, wie sich betriebswirtschaftliches und volkswirtschaftliches Denken unterscheiden. Das eine funktioniert

für den Einzelfall, das andere denkt in weiteren Zusammenhängen. Volkswirtschaftlich ist die Verlagerung von Ämtern in den ländlichen Raum eine vorbeugende Maßnahme für jene Gebiete, wo es an qualifizierten Arbeitsplätzen mangelt. Eine AFI-Studie aus dem Jahr 2013 hat aufgezeigt, wo die Problemzonen in Südtirol liegen. Es sind dies die funktionalen Kleinregionen Mals, St. Martin in Passeier und Sand in Taufers. Im Beschlussantrag ist die Landesregierung aufgefordert, innerhalb eines Jahres ein Programm zur Verlagerung von bestehenden Landesämtern und Einrichtungen in den ländlichen Raum zu erarbeiten. Die zeitnahe Einsetzung einer Arbeitsgruppe könnte der erste Schritt in diese Richtung sein.

N. 185/12.11.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Fast die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland möchte die Arbeitszeit reduzieren (47 %), sagt der Arbeitszeitreport. Vor allem Vollzeitbeschäftigte wünschen sich das. Nur 4 Arbeitnehmer auf 10 möchten weiterhin gleich lang arbeiten.

Über Arbeitszeit wird häufig und intensiv diskutiert. Es geht um neue Flexibilität bezüglich Zeit, Form und Ort der Arbeit, es spielt die erweiterte Erreichbarkeit durch digitale Technologien hinein und die mobile Arbeit. Noch ist Deutschlands Arbeitswelt eher

traditionell geprägt, etwa mit langen Arbeitszeiten oder Schichten. Doch die Deutschen wünschen sich kürzere Arbeitszeiten.

Teilzeit längst nicht der Kinder wegen: Von den Vollzeitbeschäftigten, die kürzer treten wollen, hat nur ein Viertel der Frauen und etwa ein Drittel der Männer Kinder. Als Hauptgrund für die Wahl der Teilzeit geben 46 % der Teilzeitarbeitenden sonstige Verpflichtungen an oder dass sie keinen Vollzeitjob finden (24 %). Ein Drittel (35 %) der Teilzeitbeschäftigten möchte länger arbeiten.

Arbeitszeiten zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat jüngst den „Arbeitszeitreport Deutschland 2016“ veröffentlicht. Wie es um Südtirol steht, sagt uns das AFI in Kürze.

Dieser Wunsch ist klar auch finanziell bedingt, denn viele Teilzeitarbeitende, insbesondere Frauen, geben an, sie würden mit ihrem Einkommen nur schwer über die Runden kommen.

Gleitende Arbeitszeit: 38% der Beschäftigten haben selber großen Einfluss darauf, wann sie mit ihrer Arbeit beginnen und sie beenden. In der Industrie und in größeren Betrieben gibt es die größten Handlungsspielräume, im Handwerk und in kleineren Betrieben sind sie am geringsten. Ein Arbeitszeitkonto wird für 61 % der Beschäftigten geführt. Über das darauf angesparte Zeitguthaben bestimmen in der Industrie und im öffentlichen Dienst vorwiegend die Beschäftigten selbst. In kleineren Betrieben, im

Handwerk und im Dienstleistungsbereich geben hingegen häufig die Betriebe die Verwendung des Zeitguthabens vor.

Soweit die Momentaufnahme aus der führenden Industrienation Europas. Dieses Bild müssen wir vor dem Hintergrund der so genannten Industrie 4.0 sehen. Wenn neue Technik und Robotik schrittweise die menschliche Arbeit ersetzen, dann entsteht die Frage, wie die übrigbleibende Arbeit verteilt sein muss, damit für alle ein Einkommen gewährleistet ist und eine Work-Life-Balance möglich ist. Wie die Südtiroler Arbeitnehmer zu diesen Fragen stehen, hat das AFI in seinem Stimmungs-Barometer im Herbst 2016 erhoben und wird die Ergebnisse demnächst veröffentlichen.

N. 189/10.12.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Südtirols Arbeitsmarkt hat die Krise gut durchtaucht und befindet sich wieder im Aufwind. Ein Umstand, der Personalleiter verzweifeln lässt, denn der Fachkräftemangel ist so gut wie leergefegt. Schlimmer noch: Es handelt sich nicht um einen momentanen Engpass. Die demografischen Daten für Südtirol zeigen auf, dass in den nächsten Jahren nur eine geringe Anzahl an jungen Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten wird. Die einzige Arbeitsgruppe, die in den nächsten drei Jahrzehnten anzahlmäßig wachsen wird, ist jene ab 55 Jahren. Das ist auch der Grund, warum die Arbeits- und Sozialforschung von den Arbeitgebern ganz offen einfordert, dieser Altersgruppe größere Aufmerksamkeit zu schenken. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen seien auf die Alterung der Belegschaften nur unzureichend vorbereitet. Insbesondere



re gelte es, Klischees und Stereotype abzulegen, gerade was die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer angeht. Studien zeigen auf, dass die kör-

Personalleiter zum Appell

Die **Arbeitslosenrate** hat sich wieder zurückgebildet - am Arbeitsmarkt herrscht **Fachkräftemangel**. Entscheidend wird sein, wie man das Potential älterer Arbeitnehmer zu entwickeln versteht.

perliche Leistungsfähigkeit und bestimmte geistige Fähigkeiten im Alter zwar abnehmen, im Gegenzug aber Erfahrungswissen und Allgemeinbildung zunehmen. Die klassischen Degenerationsprozesse hängen weniger vom biologischen Alter und mehr von arbeitsbedingten Einflüssen und vom Training ab. Unter Umständen können Trainingseffekte größer sein als Alterseffekte und diese für lange Zeit kompensieren. Die ältere Generation verkörpert in den Organisationen bewährtes Erfahrungswissen. In Zeiten rapiden Wandels steht sie für Kontinuität und in turbulenten Situationen gibt sie den notwendigen Halt. Ältere Mitarbeiter denken ein Projekt zu Ende bevor sie es angehen. Sie müssen weder sich noch ihrem Chef oder den Kolle-

gen noch etwas beweisen und fassen deshalb nicht außergewöhnliche sondern machbare Lösungen ins Auge.

Auf eines müssen sich die Personalverantwortlichen jedenfalls einstellen: Die Teams werden in Zukunft noch durchmischer sein und diese Heterogenität wird immer mehr Dimensionen erhalten: Alter, Herkunft, Religion, Geschlecht: In jedem einzelnen dieser Faktoren wird die Schere zwischen den Ausprägungen auseinanderklaffen. Die Belegschaften werden immer internationaler, die Altersunterschiede immer größer, der Erfahrungshintergrund der Player immer vielfältiger. Will heißen: Mit der Vielfalt innerhalb eines Teams wird auch die Problemlösungsfähigkeit steigen müssen.

N. 168/10.07.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Finanzmärkte und Bankenwelt stehen einmal mehr im Sturm. Besonders turbulent ging es in den Folgetagen des Brexit-Votums zu: Das englische Pfund verlor stark an Wert, die Aktienkurse von Bank- und Finanzdienstleistern führen Achterbahn. Die Zukunft von London als Finanzmetropole Europas sehen Experten kompromittiert. An der Mailänder Börse waren die Kurseinbrüche seit Jahresbeginn besonders heftig, da viele italienische Banken finanziell angeschlagen sind.

Schwierige Zeiten für Sparer also. Erstens ist der Zins nahezu ausradiiert und man kann froh sein, wenn es gelingt, das Geld halbwegs inflationsfest anzulegen. Hinzu kommt das Risiko eines Fehlgriffs bei Wertpapieren oder Anlageformen. Kurzum, es sind



nicht die besten Zeiten für sichere Anlagen und schnelle Renditen. Dabei ist die Wertbeständigkeit des Kapitals etwas vom Wichtigsten für die Südtiroler – zumindest für die Südtiroler Arbeitnehmer. Wie aus dem AFI-Barometer hervorgeht, ist es für 76 % der Befragten am wichtigsten, ihr investiertes Kapital nicht zu verlieren. Als Zweites schätzen Arbeitnehmer Liquidität, sprich die Verfügbarkeit des Ersparnten im Bedarfsfall. Eine untergeordnete Rolle spielt hingegen die langfristige oder kurzfristige Rendite.

Warum nicht mit Ethik?

Kleinsparer können Zinsen heute vergessen.
Kein besserer Zeitpunkt als dieser, um das Ersparte nicht nur sicher, sondern auch **ethisch richtig** anzulegen.

Heute sollten sich Sparer die Frage stellen, ob es nicht an der Zeit ist, Wertbeständigkeit und Ethik miteinander zu verbinden. Ein Finanzprodukt kann als ethisch bezeichnet werden, wenn es dem Schutz von Gesundheit und Umwelt, den Rechten der Arbeiter und der Solidarität mit den Schwächeren dient. Zudem muss es transparent sein, denn wer ethisch investiert, will wissen, wo sein Geld arbeitet. Mit dem „Ethischen Sparen“ ist es ähnlich wie mit der Biolandwirtschaft: Zwar noch ein Nischenmarkt, aber mit hohem Potential. Tatsächlich tut sich da in Südtirol Einiges. So bietet der Zusatzrentenfond Laborfonds von seinen vier Investitions-

linien eine so genannte „vorsichtig-ethische“ an. Auf diese entfällt derzeit 10 % des gesamten Fondvermögens. Erwähnenswert ist auch das langjährige „Ethical Banking“, das von 23 Raiffeisenkassen mitgetragen wird. Mittlerweile bieten auch die anderen Südtiroler Banken Fonds an, die Wert auf Nachhaltigkeit legen. Selbst die Emission von Mini-Bonds von Seiten Südtiroler Unternehmen ist im weitesten Sinn als Zeichen zu werten, dass Südtirol verstärkt an seine regionalen Kreisläufe, also an sich selbst, glaubt. Wenn Kleinsparer heute ihre Wertanlagen in diese Richtung umschichten, können sie sich selbst und Südtirol etwas Gutes tun.

N. 173/12.08.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Alles mit Maß und Ziel“ sollte für das Glücksspiel besonders gelten. Raten und Wetten ist ein Vergnügen, das zum Leben gehört. Doch wenn es um Geld und um viel Geld geht, dann ist die Abhängigkeit nicht mehr weit. Die Caritas-Schuldnerberatung oder das Forum Prävention können über viele Einzelschicksale berichten. Im AFI-Barometer geben 36% der Arbeitnehmer an, dass das Geld nicht bis ans Monatsende reicht. Die Frage in diesem Zusammenhang ist: Liegt es nur am geringen Einkommen oder ist manchmal auch der Umgang mit dem Geld – buchstäblich – mit im Spiel?

Und was macht der Staat? Im Glücksspiel ist er Anbieter, Regler, Kontrolleur und Steuereinknehmer. Im „Blaubuch“ der Staatsmonopole steht es schwarz auf weiß: 2015 wurden in Italien fürs legale Glücksspiel 88,2 Mrd.



€ ausgegeben. Das sind 1.455 € pro Nase. Der Staat nimmt damit 8,7 Mrd. € an Steuern ein, also 10% des Gesamtumsatzes. Schätzungen zufolge setzt das illegale Glücksspiel weitere 23 Mrd. € um. Damit steigt die jährlichen Pro-Kopf-Ausgabe der Bürger für das Glücksspiel auf 1.834 € 2014 erhob das Forum Prävention den Bestand an Glücksspielautomaten in Südtirols Gemeinden. Leider fehlt Bozen. In den Gemeinden Meran, Neumarkt, Corvara, Prad, Vahrn und Nals stehen besonders viele Spielautomaten, meist in Gastbetrieben, aber auch in Spielhallen. Landesweit

Glücksspiel zwischen Lust und Last

Slotmaschinen, Videolotterien, Rubbellose, Sportwetten und mehr: Auch in Südtirol werden bedenkliche Summen gezockt und verspielt.
Im Herbst sollte man für eine weitere Diskussion gerüstet sein.

kommen dazu noch die Verkaufsstellen von Rubbellosen und Lotteriescheinen in Bars, Tabak-Trafiken und Geschäften. Laut Forum Prävention ist die Hälfte der Gemeinden Südtirols dabei, die Anzahl der Glücksspielautomaten zu verringern. Durch Zonenpläne, Kontrollen der Ortspolizei, Gesprächen mit den Betreibern oder gar mit der offiziellen Aufforderung, Geräte zu entfernen, wurden schon Erfolge erzielt.

Zur Eindämmung des Glücksspiels gibt es in Italien 14 Regionalgesetze, in Südtirol zwei Landesgesetze (Stand: 1. März 2016). Da finden sich Maßnahmen wie

„no slot“-Logos für Geschäfte, Steuernachlässe für Gastbetriebe und Tabaktrafiken, die keine Glücksspielautomaten aufstellen, Mindestabstände zu „sensiblen Zonen“ und die Beschränkung von Öffnungszeiten für Spielsäle. Die vielen Bestimmungen bilden allerdings sehr ein fragmentiertes Regelwerk, das von „sehr streng“ bis „sehr frei“ geht, berichtet die Agentur für Zoll und Monopole. Das ASTAT wird im Herbst frische Daten zum Glücksspiel in Südtirol veröffentlichen. Die Frage, ob die bisher getroffenen Maßnahmen genügen, wird wieder aktuell.

N. 182/22.10.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Die ASTAT-Mitteilung, die vergangene Woche veröffentlicht wurde, hat es in sich: Die durchschnittliche Jahres-Bruttoentlohnung von Arbeitnehmern ist in neun von zwölf Sektoren der Privatwirtschaft zwischen 2009 und 2014 inflationsbereinigt um -2,8% zurückgegangen. Mit hinein spielt, dass immer mehr Leute Teilzeit arbeiten. Aber selbst wenn man nur die Vollzeitkräfte berücksichtigen würde, beträgt der Rückgang noch -1,3%. Das ist sehr bedenklich. Das Minus ergibt sich aus einer Kombination von Wandel der Wirtschaftsstruktur und Entwicklung der Nominallöhne. Von 2009 bis 2014 ist diese zu Ungunsten der Arbeitnehmerschaft gelaufen.

Dabei deutete eigentlich alles auf eine Steigerung der Nominallöhne hin. Die Erwerbskräfte sind besser ausgebildet, besser qualifiziert, arbeiten vermehrt im



Dienstleistungssektor und sind „älter“ geworden. Wie sich wissenschaftlich belegen lässt, steigen die Löhne mit steigender Qualifikation (in der Reihung Lehrling, Arbeiter, Angestellter,

Verlierer

*Die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft sind die Verlierer der Krise. Unter **Berücksichtigung der Inflation** sind die Löhne im Gesamtdurchschnitt zwischen 2009 und 2014 um -2,8% gesunken.*

Leitender Mitarbeiter, Führungskraft) und mit fortschreitendem Alter (Karriere, persönliche Zulagen, Dienstalterszulagen).

Nicht so in Südtirol, zumindest nicht im Zeitraum 2009-2014. Wie in der ASTAT-Mitteilung schwarz auf weiß steht, sind die durchschnittlichen Jahres-Bruttoentlohnungen in allen Altersklassen gesunken – außer in der letzten, der Klasse 60+, und zwar in einer Größenordnung von bis zu -6%. Sie sind auch für alle beruflichen Qualifikationen gesunken, außer für die Lehrlinge. Sie sind in neun der zwölf untersuchten Sektoren real zurückgegangen. Will heißen: Würde man das Ergebnis um den Alterungseffekt und den Qualifikationseffekt bereinigen, dann

wiele der reale Rückgang der Jahresbruttoentlohnungen noch viel markanter aus als der ausgewiesene Schnitt von -2,8%.

Außerdem ist zu bedenken, dass das ASTAT mit seinen Zahlen auch die Ungleichverteilung der Jahresbruttoentlohnungen beleuchtet. Die ersten sieben Dezile liegen nämlich jeweils unter dem Gesamtdurchschnitt. Für den Statistiker ist das ein klares Zeichen für die Ungleichheit in der Verteilung von Entlohnungen. Tatsache ist jedenfalls, dass Südtirols Arbeitnehmer in all diesen Jahren nicht einmal inflationsfeste Löhne erreichen konnten, trotz des Auftriebs durch Wirtschaftsstruktur, Alterung und Qualifizierung.

N. 193/07.01.2017



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

2014 waren 17,2% der Arbeitnehmer in der Europäischen Union Niedriglohnempfänger. Das heißt, ihr Bruttostundenverdienst liegt deutlich unterhalb des mittleren Lohnniveaus in ihrem Land. Technisch gesprochen, zwei Drittel und weniger als der sogenannte Medianverdienst.

Die Eurostat-Verdienststrukturerhebung bezieht sich auf Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. Nicht mit eingeschlossen sind Auszubildende. Die Erhebung umfasst die gesamte gewerbliche Wirtschaft, also alle wichtigen Makrosektoren mit Ausnahme von Landwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Der Bruttostundenverdienst bezieht sich auf Löhne und Gehälter, inklusive der Zusatzlohnelemente, welche die Arbeitnehmer vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben erhalten.

Die Studie zeigt, dass der Anteil an



Niedriglohnempfängern in den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr stark variiert. Er ist mit 25,5% in Lettland am höchsten und mit 2,6% in Schweden am niedrigsten. Allgemein ist der Anteil in den osteuropäischen und baltischen Ländern sehr hoch, in den nordeuropäischen und skandinavischen eher gering. Verschiedene Faktoren spielen hier mit ein: das allgemeine Wohlstandsniveau, die Wirtschaftsstruktur; das Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung, die Ver-

EU: Jeder sechste Arbeitnehmer ist Niedriglohnempfänger

*Alle vier Jahre erhebt das europäische **Statistikamt Eurostat** die Lohn- und Gehaltsstruktur in den Ländern Europas. Und belegt schwarz auf weiß: Die Unterschiede sind immer noch enorm.*

handlungsmacht von Gewerkschaften, gesetzliche Mindeststundenlohn-Regelungen. Doch zurück zum Medianverdienst. EU-weit beträgt der mittlere Bruttostundenlohn 13,20 €, in Italien 12,50 €, in Deutschland 15,70 €, in Österreich 14,0 €. Den höchsten mittleren Verdienst hat Dänemark (25,50 €), den niedrigsten Bulgarien (1,70 €). Wie man sieht, variiert der Median-Bruttostundenverdienst im Verhältnis 1 zu 15 sehr stark in den verschiedenen EU-Ländern. Doch selbst wenn man die Daten um Kaufkraftstandards bereinigt - das heißt die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigt - bleibt die Spreizung noch deutlich, sie sinkt allerdings auf 1 zu 5.

Niedriglohn, das bedeutet in Italien ein Brutto-Stundenverdienst

von weniger als 8,30 €, in Deutschland von weniger als 10,50 €, in Österreich von weniger als 9,40 €. Detail am Rande: Die Mindestlohn-datenbank der Hans-Böckler-Stiftung gibt darüber Aufschluss, dass es in 22 von 28 EU-Staaten einen gesetzlichen Mindeststundenlohn gibt. In Deutschland wurde 2015 der gesetzliche Mindeststundenlohn von 8,50 € eingeführt. 2017 wird er auf 8,84 € angehoben. In Italien wurde diese Möglichkeit mit dem Jobs Act eröffnet. Doch die Einführung des Mindeststundenlohns scheitert – man mag es kaum glauben – am Widerstand der italienischen Gewerkschaften. Böse Zungen behaupten, mehr als um das Wohl der Arbeitnehmerschaft ginge es ihnen um Einfluss in der Politik und an den Verhandlungstischen.

N. 179/24.09.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Wenn man nichts hört, dann läuft es gut“, sagt man über das Gastgewerbe. Tatsächlich hört man zurzeit kaum Gastwirte klagen. Die Statistik zeigt uns auch warum, denn die Nächtigungszahlen für die ersten sieben Jahresmonate 2016 sind mittlerweile verfügbar. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres überrascht das Ausmaß der Steigerung: +6,9% an Nächtigungen insgesamt (+5,7% bei den italienischen, +7,6% bei den deutschen, +8,7% bei den österreichischen, +9,4% bei den Schweizer Gästen). Der Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt zudem, dass das Gastgewerbe am stärksten Jobs geschaffen hat. 2016 wurden in der Südtiroler Wirtschaft schon in den ersten 8 Monaten etwas mehr als 5.000 neue Jobs geschaffen, davon 1.560 allein im Gastgewerbe: also +2,7% Zuwachs insgesamt, aber +6,4% im Gastgewerbe.



Bei so starken Steigerungen tauchen zwei Fragen auf: Erstens, werden Arbeitsverträge auch im Gastgewerbe schrittweise von den Arbeits-Vouchern verdrängt? Zweitens, ist das Nächtigungsplus „real“, oder geht ein Teil der Steigerung auf eine höhere Meldemoral zurück?

Das sagen uns die Daten: Von den 1.560 zusätzlichen Jobs im Gastgewerbe sind 860 unbefristete und 700 befristete Arbeitsverträge

Zugmaschine Gastgewerbe

Das Gastgewerbe boomt, das sieht man an den Nächtigungszahlen und an den geschaffenen Jobs. Sind Steigerungen dieser Größenordnung plausibel?

ge. Wir erkennen also keinen Verdrängungseffekt. Auch die Saisonverträge sind nicht im großen Stil von Arbeits-Voucher ersetzt worden. Wenn nun die Arbeits-Voucher im Gastgewerbe vermehrt zum Einsatz kommen, dann zusätzlich zu den starken Zuwachsraten im „offiziellen“ Arbeitsmarkt. Dass die Steigerungen nicht durch Geringbeschäftigung „auffrisirt“ werden, belegt die Tatsache, dass von den genannten 1.560 neuen Jobs 1.035 Vollzeit- und nur 525 in Teilzeit-Jobs sind.

Die zweite Frage betrifft den Zusammenhang zwischen den Arbeitsmarktzahlen und dem vom ASTAT ermittelten Nächtigungsplus. Die Zahl an Arbeitnehmern im Gastgewerbe ist in den ersten 8 Jahresmonaten 2016 um +6,4%

zum Vergleichszeitraum des Vorjahres angestiegen. Darüber hinaus haben Arbeitgeber im Gastgewerbe auch noch sehr stark von Arbeits-Vouchern Gebrauch gemacht, um Spitzen auszugleichen. Da man davon ausgehen kann, dass niemand Personal einstellt, wenn es nicht der Moment verlangt, muss das Geschäft wohl noch um einiges besser gelaufen sein, als das im statistischen Nächtigungsplus von +6,9% sichtbar ist. Es stimmt, dass der Strukturwandel im Südtiroler Tourismus hin zu hochwertigen Hotels den Personalbedarf steigen lässt, aber das allein kann diesen plötzlichen Beschäftigungszuwachs nicht erklären. Viel eher erleben wir gerade einen großen Moment des Auftauchens aus der Schattenwirtschaft.

N. 190/17.12.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Sie soll nicht zu hoch sein, aber auch keine ist nicht recht. Eine kontinuierliche, aber gleichzeitig nur mäßige Inflation lässt die Wirtschaft am besten gedeihen – so die Theorie. Die Realität: Seit mittlerweile vier Jahren entwickeln sich die Inflationsraten in den europäischen Ländern rückläufig – zeitweilig verharrten sie am Nullpunkt. Um das Wachstum wieder anzukurbeln und die Veränderung der Verbraucherpreise auf den Richtwert von 2% zu bringen, hat die Europäische Zentralbank (EZB) mit konventionellen und unkonventionellen Mitteln die Geldzängel gelockert – vor allem mit dem milliardenschweren QE-Programm („Quantitative Easing“). Doch auch ohne diese Maßnahmen könnte die Inflation bald zurück sein. Wien, Samstag, 3. Dezember. Mehr als 20 Staaten aus den OPEC-Ländern verpflichten sich, ihre Ölförderungen zu drosseln.



Das alte Ölkartell zeigt noch einmal seine Macht. Die Märkte waren beeindruckt. Die Ölpreise schnellten auf den höchsten Stand seit 18 Monaten. Knapp 58 US-\$ kostete zwischenzeitlich das Barrel Öl. Zentrale Frage ist nun, wie die US-Erdölindustrie reagieren

Die Rückkehr der Inflation

Die OPEC-Länder einigen sich auf eine Drosselung der Ölförderung - Donald Trump designiert eine Person zum Umweltminister, welche der Erdöl-Lobby nahesteht. Sind die Zeiten des billigen Öls vorbei?

wird. Es gilt als sicher, dass die Ölförderung in den Vereinigten Staaten steigen wird. Die Frage ist nur, wie schnell. Denn wenn die Erdölpreise steigen, dann lohnt sich das in Nordamerika verbreitete „Fracking“ wieder stärker. Und dass der künftige US-Präsident Donald Trump einen Umweltminister ernannt, der der Ölindustrie nahe steht, lässt erahnen, welche Politik die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren verfolgen.

Zwar sind die Wirtschaftssysteme heute nicht mehr so stark vom Erdöl abhängig wie in den 1970er Jahren. Man denke zurück: Infolge des Erdölpreis-Schocks von 1973 stieg die Inflation in Italien rapide an und bewegte sich bis 1984 im zweistelligen Bereich. Doch die Kostenstrukturen der Unterneh-

men sind heute andere als vor 40 Jahren. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Inflationsraten so stark wie damals ausschlagen, wenn der Rohstoff Öl teurer wird. Das zeigt die jüngste Vergangenheit. Als Mitte 2008 Rohöl zwischenzeitlich auf bis zu 140 US-\$ pro Barrel anstieg, zeigte sich das in Südtirol durch einen Anstieg der Inflationsrate auf 4,8%.

Vorausgesetzt, die OPEC-Staaten halten sich diszipliniert an ihre Vereinbarung, könnten die Zeiten des billigen Öls schon bald vorbei sein. Und EZB-Chef Mario Draghi könnte das Problem stagnierender Verbraucherpreise schneller los sein als ihm lieb ist. Nicht, weil die Nachfrage wieder anzieht, sondern weil höhere Produktionskosten auf die Verbraucher umgewälzt werden.

N. 183/29.10.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Der wirtschaftliche Teil des neuen bereichsübergreifenden Kollektivvertrags im Öffentlichen Dienst ist unter Dach und Fach. Die Landesregierung hat am 25. Oktober die Ermächtigung zur definitiven Unterzeichnung des Vertrags erteilt. Der neue Kollektivvertrag betrifft die Landesverwaltung, den Sanitätsbetrieb, die Gemeinden, Altersheime, Bezirksgemeinschaften, Kurverwaltungen und das WOBI. Für den Dreijahreszeitraum 2016-2018 stellt die Landesregierung somit 125 Mio. € mehr an Gehalt zur Verfügung. Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil spielt jenen Bediensteten in die Hände, die um 1% mehr in einen Zusatzrentenfond einzahlen. In diesem Fall wird der Arbeitgeber ebenfalls 1% zuschießen. Darüber hinaus soll ab 1. Jänner 2018 ein ergänzender Gesundheitsfonds eingerichtet werden.



Der große Wurf, anders als von Landesregierung und Gewerkschaften gefeiert, ist dieses neue Abkommen aus Arbeitnehmersicht nicht. Die Landesregierung hätte pro Jahr 167 Mio. € locker machen müssen, um die Löhne der Landesangestellten auf das heutige Niveau der Verbraucherpreise zu heben. Das hat das AFI schon vor den Lohnverhandlungen durchgerechnet. Der Hintergrund: Der Staat hatte die Beamtengehälter 2009 unbefristet eingefroren. Das erklärte der Rechnungshof im Juni 2015 als unzu-

Das Schwungrad ist angestoßen

Für 40.000 öffentlich Bedienstete in Südtirol gibt es mehr Lohn. Vom 1. Juli 2016 an im Schnitt 40 € brutto und noch einmal 40 € brutto dazu ab 1. Mai 2017. Das ist in Wirklichkeit nicht viel, hat aber eine Signalfunktion: Die Sektoren der Privatwirtschaft müssen jetzt nachziehen.

lässig. In diesem Zeitraum stieg die Inflation allerdings um 12,3%. Wie eine voll zufriedenstellende Lösung aus der Sicht der öffentlich Bediensteten ausgeschaut hätte? Inflationsausgleich für die gesamte Zeit des Lohnstopps und die Anhebung der einzelnen Gehaltsstufen im neuen BÜKV 2016-2018 nach dem aktuellen Index für Verbraucherpreise in Bozen. Allein die Anhebung wäre der Landesregierung im Dreijahreszeitraum 500 Mio. € zu stehen gekommen. Mit 125 Mio. € ist sie also verhältnismäßig glimpflich davongekommen. Außerdem hatte der Arbeitgeber einen Inflationsausgleich für die Vergangenheit schon a priori ausgeschlossen. Also wird die eingebüßte Kaufkraft der Angestellten nicht rückerstattet. Doch abgesehen

von all diesen Berechnungen hat der neue bereichsübergreifende Kollektivvertrag (BÜKV) eine wichtige Signalfunktion. Die Anhebung der Gehälter von 40.000 öffentlich Bediensteten verändert das Lohngefüge in Südtirol und steigert überdies die Attraktivität dieses Sektors, beides mit entsprechender Sogwirkung. Da am Arbeitsmarkt die Vollbeschäftigung wiederhergestellt ist, tun sich Unternehmer nun schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. Gute Unternehmen werden die eigenen Fachkräfte im Betrieb an sich zu binden wissen und werden sich auch noch die Besten vom leergefegten Arbeitsmarkt angeln. Das heißt, der Markt wird die Zahlungsbereitschaft der Unternehmen automatisch nach oben treiben.

N. 184/05.11.2016

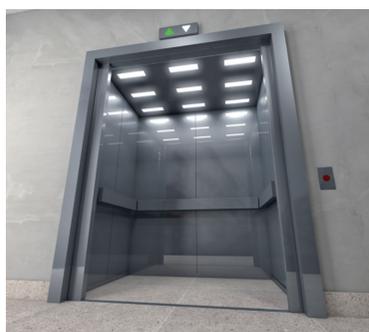


Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

8 Arbeitnehmer von 10 befinden, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Südtirol bedeutend sei und ein ähnlich großer Anteil ist der Ansicht, dass sich diese in den letzten 10 Jahren weiter geöffnet habe. Weiter noch: Herkunftsfamilie und gute Netzwerke bestimmen stärker, wer es in Südtirol beruflich zu etwas bringt, als Einsatz und harte Arbeit.

Ob und wie gut der soziale Aufzug in Südtirol funktioniert, hat das AFI kürzlich im Rahmen einer Tagung hinterfragt. Eine zentrale Erkenntnis: Im Vergleich zu früher gibt es heute in Italien eine viel größere Durchlässigkeit zwischen den unteren und den oberen Stockwerken der Gesellschaft. Die aktuell verfügbaren Studien belegen aber auch, dass die Heranwachsenden heute mit einer sehr viel geringeren Wahrscheinlichkeit eine bessere soziale Stellung in der Mittel- und Ober-



schicht erreichen als ihre Eltern und sogar ihre älteren Geschwister.

Einen wesentlichen Grund für diese geringere Wahrscheinlichkeit sehen die Sozialforscher in der Bildungsungleichheit. In der Tat gebe es auch in Südtirol bestimmte sozioökonomische und kulturelle Faktoren, wie zum Beispiel Herkunft, Geschlecht und Sprache, welche die Schullaufbahn entscheidend beeinflussen und die von der Schule nicht abgeändert werden könnten, heißt es aus Expertenkreisen.

Tradition: Bremsfaktor für soziale Mobilität?

Südtirols Unternehmenslandschaft ist geprägt von einer Vielzahl von Familienunternehmen, in denen die Weiterführung der Familientradition großgeschrieben wird. Inwiefern belastet dies die Durchmischung der Gesellschaftsschichten?

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die familieninterne Unternehmensnachfolge einen Bremsfaktor für die soziale Mobilität darstellt. Denn wir wissen: Südtirol ist ein Land, in dem Tradition großgeschrieben wird. In Familienunternehmen setzt man vieles daran, den Nachkommen bereits im Kindesalter ihre berufliche Zukunft schmackhaft zu machen – man rufe sich Beispiele aus der Hotellerie, Gastronomie oder den Einzelhandel ins Gedächtnis. Auch Bauernhöfe werden stets noch vom ältesten Sohn übernommen, obwohl dieses Prinzip durch die Novelle des Höfegesetzes aufgeweicht wurde.

Doch selbst wenn Südtirol relativ traditionsverhaftet ist: Wie die Wissenschaftler selbst einräumen, ist der familiäre Hintergrund heute für die soziale Durchlässigkeit nicht mehr der dominierende Faktor. Viel entscheidender sind die Chancen, die offenstehen, um die soziale Leiter nach oben klettern zu können. Chancengleichheit bei Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und soziale Förderung sind die Motoren des „sozialen Aufzugs“. Hier dürfte Südtirol dank seines intakten Wirtschaftsmotors nicht allzu schlecht dastehen, wenngleich es immer Luft nach oben gibt.

N. 191/24.12.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Weihnachten steht für eine Zeit des Heils und des Friedens. Mit der Geburt Christi ist eine neue Moral und Ethik eingekehrt. Vieles steht an Weihnachten unter dem Einfluss des Heiligenscheins.

Einen anderen Eindruck bekommt man, wenn man das allgemeine Tagesgeschehen in der italienischen Politik mitverfolgt. Was in den Städten Rom und Mailand abläuft, ist wohl alles andere als ethisch. In Rom steht die Regierung von Virginia Raggi unter dem akuten Verdacht von Korruption und Interessenskonflikt. Ähnliches spielt sich in Mailand ab, vor allem in Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Expo 2015. In Rom hatte die 5-Sterne-Bewegung im Wahlkampf der Korruption in der Hauptstadt den Kampf angesagt.



Nun ist sie an der Regierung und steht selbst in der Kritik und mitten drin in Skandalen.

Wären es nur Einzelfälle, könnte man noch darüber hinwegsehen. Doch internationale Studien stellen ganz allgemein Italien kein gutes Zeugnis in Sachen Transparenz aus. Die wohl renommierteste Quelle in diesen Zusammenhang ist das Ranking von Transparency International, das in der Regel jährlich Ende Jänner veröffentlicht wird. Von 167 Ländern,

Mehr Schein als heilig

Rom, Mailand: Nach wie vor ist Italien stark von Korruptionsskandalen gebeutelt. Doch auch Südtirol ist gegen die Korruption nicht immun.

die in der letzten veröffentlichten Rangordnung berücksichtigt wurden, platziert sich Italien auf Rang 61, hinter Oman und vor der Türkei. Die Spitzenreiter sind die skandinavischen Länder Dänemark, Finnland und Schweden. Deutschland ist auf Platz 10, Österreich auf Platz 16.

Von den römischen Zuständen ist das „Heilige Land“ Südtirol weit entfernt – möchte man meinen. Statistische Erhebungen des AS-TAT zeigen ein anderes Bild: 3 von 10 Südtirolern glauben, dass Korruption natürlich und unvermeidbar sei. 60% der Südtiroler finden es sehr oder ziemlich gefährlich, Korruption anzuzeigen. Ein Drittel der Südtiroler würde Rechnungen eines Freiberuflers schwarz zahlen, wenn dieser ihnen das vor-

schlagen würde und für knapp ebenso viele Südtiroler ist Steuerhinterziehung nur ein Kavaliersdelikt. Jeder zweite Südtiroler findet es richtig, einen Job über persönliche Empfehlungen zu erhalten. Letzteres deckt sich wiederum mit Erhebungen des AFI. Auf die Frage, was heute zähle, um beruflich weiterzukommen, antworten die Südtiroler Arbeitnehmer, es zählten soziale Herkunft und Beziehungen mehr als Leistung und berufliche Fähigkeit.

Der Neujahrsbeginn ist meist die Stunde der guten Vorsätze. Ein Vorsatz könnte jener sein, eine gewisse Scheinheiligkeit abzulegen und in allen Dingen, die mit Korruption in Verbindung stehen, mehr Bürgersinn und Zivilcourage zu beweisen.

N. 195/21.01.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Ich will gerade mein ‚Wirtschaft Quer‘ für diese Woche vorbereiten, zum Zukunftstrend „Nutzen statt Besitzen“, da hüpfte mich aus den Unterlagen das grottenschlechtestes Zitat an, das mir bekannt ist. In einem kurzen Moment der Besinnung entscheide ich, dass es in meinem persönlichen Ranking sogar noch zwei weitere übertrifft, die ich besonders schlecht finde. Das ruft nach Rache und muss unbedingt niedergeschrieben werden! Also los geht's.

Platz 3 der allerschlechtesten Zitate geht an „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, ein Spruch, der dem von mir sonst hoch geschätzten Helmuth Schmidt zugeschrieben wird. Man kann zwar Pragmatismus und Realpolitik gelten lassen, aber das steht doch in keinem Verhältnis zu dem, was viele Visionäre – ich denke da an Erfinder, Entdecker,



Wissenschaftler, Künstler – der Gesellschaft als Vermächtnis hinterlassen haben. Das Bild von einer besseren Zukunft, der Antriebe, Neues kennenzulernen, der Frage nachgehen, was die Welt im Innersten zusammenhält, das ist doch der wahre Reiz des Menschseins. Seien wir froh, dass es Menschen mit der Gabe gibt, sich die Zukunft anders und besser vorzustellen – Visionäre eben.

Platz 2 der schlechtesten Zitate: „Ich traue nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe“. Diese Aussage wird Winston Churchill

Drei schlechte Zitate und ein gutes

Geflügelte Worte sind kleine Lebensweisheiten, die der Orientierung dienen können. Wie gefährlich, wenn man die falschen auswählt.

zugeschrieben, er soll sie aus einem ganz besonderen Anlass getroffen haben. Dass Zahlen unterschiedlich aufbereitet, gelesen und interpretiert werden können ist mir nur zu gut bekannt. Was ich nicht akzeptiere ist, wenn das Leute in den Mund nehmen, die schlichtweg keine Statistiken lesen können. Dieses geflügelte Wort darf kein Vorwand sein, sich nicht mit Fakten auseinandersetzen zu wollen.

Und nun zu meinem persönlichen Platz 1 der schlechtesten Zitate: „Der Weg ist das Ziel“. Diese fernöstliche Weisheit mag einen tieferen Sinn haben, aber im europäischen Kulturkreis ist dieser Satz vor allem eine beliebte Ausrede für Orientierungslose. Wenn das ein Politiker sagt, dann hat er

ganz einfach keinen Plan – und spielt auf Zeit.

Viel besser klingt: „Wer das Ziel nicht kennt, kann den Weg nicht finden“. Vor mehr als einem Jahrhundert hatte Henry Ford eine Vision: Jeder Amerikaner soll sich ein Auto leisten können. Ford hat Wege gefunden, um seine Vision zu verwirklichen. Besessen von ihren Ideen waren auch Newton, Einstein, Leonardo da Vinci, Michelangelo, um nur einige zu nennen. Oder Archimedes von Syrakus. Als er in der Badewanne das nach ihm benannte Archimedische Prinzip entdeckte, soll er aufgesprungen und noch nackt durch die Stadt gelaufen sein, aufgeregt und laut „Heureka!“, „Ich hab's!“ rufend. Ohne Leidenschaft läuft es eben nicht.

N. 176/03.09.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Mit der Pflegesicherung hat Südtirol etwas Einzigartiges geschaffen. Diese Wohlfahrtsleistung – dem Posten im Landeshaushalt nach die wichtigste – ist Gegenstand einer AFI-Studie, die zur Jahresmitte 2016 vorgestellt wurde. Umso erfreulicher ist, dass einige der Empfehlungen aus der Studie nun umgesetzt werden. Vor kurzem hat die Landesregierung nämlich zwei Grundsatzentscheidungen getroffen. Beim Pflegegeld sollen einmal die Sachleistungen ausgebaut und zum zweiten soll den Nutznießern mehr Vertrauen entgegengebracht und die Kontrollbesuche eingeschränkt werden.

Den richtigen Mix zwischen Geld- und Sachleistungen zu finden ist wahrlich kein leichtes Unterfangen. Der Blick auf die Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa zeigt aber, dass Staaten, die stark auf Sachleistungen setzen, tenden-



ziell eine bessere Wirkung erzielen als jene, die Geldbeiträge gewähren.

In Zukunft setzt Südtirols Pflegesicherung vermehrt auf Sachleistungen. Allerdings nur, wenn bei der Einstufung ein spezifischer Bedarf dafür festgestellt wird. Die Sachleistungen werden dann durch pri-

Feilen am Modell

Wohlfahrtsleitungen müssen stets auf ihre Wirksamkeit hin geprüft und der Zeit angepasst werden. Das tut die Landesregierung beim Pflegegeld. Dafür gebührt ihr Lob und Anerkennung.

vate oder öffentlich akkreditierte Dienste erbracht. Während Pflegegutscheine bisher nur beim öffentlichen Hauspflegedienst eingelöst werden durften, soll mit der Neuausrichtung das Angebot breiter gefächert und auch von angemeldeten Privatpersonen erbracht werden können.

Die nichtangekündigten Kontrollbesuche bei Pflegegeldempfängern, die zudem aufwändig sind, finden nur mehr in akuten Verdachtsfällen statt. Im Gegenzug wird das bei der Einstufung ermittelte Pflegegeld unverändert, aber nur mehr auf drei Jahre ausbezahlt. Drei Monate vor Ablauf der Frist ist ein neues ärztliches Zeugnis vorzulegen. Man kann zwar teilen, dass eine Wohlfahrtsleistung nicht „für immer und ewig“ ist, gleichzeitig muss aber

auch darauf geachtet werden, dass der bürokratische Aufwand nicht überhandnimmt. Entscheidend werden deshalb die Ausnahmeregelungen sein. Der Landesregierung schwebt vor, dass die Drei-Jahres-Grenze für die Über-90-Jährigen und in Fällen von schwerer Behinderung nicht gelten soll.

Es ist wichtig, dass soziale Leistungen periodisch evaluiert werden. Um Missverständnisse auszuräumen: Wirksamkeit bedeutet nicht zwingend eine Koppelung der Leistung an die Vermögens- und Einkommenserklärung EEVE. Wirksamkeit bedeutet, dass die Absicht von Gesetzen und Maßnahmen in der Tat eintrifft.

Es ist gut, dass das Feilen am Vorzeigemodell Pflegesicherung weitergeht.

N. 188/03.12.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Die Eckpunkte des Landeshaushalts 2017 wurden den Sozialpartnern vom Landeshauptmann höchstpersönlich schon am 6. September vorgestellt. Positiv beurteilte der Unternehmerverband die geplanten Steuersenkungen für Unternehmen und Familien sowie die Förderung von Export und Innovation. Er forderte eine zügigere Verwaltungsreform und einen reformierten Sanitätsbetrieb mit einheitlicher Informatik. Die Gewerkschaften übten rege Kritik. Nur die Senkung des IRPEF-Zuschlages sei umgesetzt worden, alles andere aus dem zu Beginn der Legislatur vorgelegten 10-Punkte Programm sei auf der Strecke geblieben, darunter soziale Abfederungen, engere Kriterien bei der IRAP-Senkung, die Überarbeitung der EEVE, den vereinfachten Bezug bei Sozialleistungen und eine neue Wohnbaupolitik. Schein und Wirklichkeit liegen zuweilen weit



auseinander. Der Landeshaushalt ist ein Paradebeispiel dafür. Der Schein ist das Theaterstück, das Regierung und Opposition, Arbeitgeberverbände und Arbeitnehmervertretungen regelmäßig geben. Wirklichkeit ist, was eine Handvoll Techniker wissen und Führungskräfte der Landesverwaltung in ihren Ämtern selbst erleben.

Zwar dürfte den Landtagsabgeordneten und Sozialpartnern nicht entgangen sein, dass 2016 ein Schlüsseljahr gewesen ist. Grund dafür ist ein Staatsgesetz, das auf die Harmonisierung der

Landeshaushalt zwischen Schein und Sein

*In wenigen Tagen geht der Streit um den **Landeshaushalt 2017** in eine neue Runde. Reines Theater. Die wichtigen Entscheidungen fallen (zum Glück) anderswo.*

öffentlichen Haushalte abzielt. Um die Staatsausgaben zu zügeln, greift der Staat zu einem unkonventionellen Mittel. Er bestimmt, dass Verwaltungsüberschüsse nicht mehr auf das Folgejahr übertragen werden dürfen. Die Körperschaft, die nicht in der Lage ist, das zugesprochene Budget im Bezugsjahr auszugeben, hat das übrige Geld verloren. Wer die komplexen Abläufe der öffentlichen Verwaltung kennt, weiß, dass es so gut wie unmöglich ist, das Budget innerhalb des Kalenderjahres restlos aufzubreuchen. Die Landesregierung hat über die SVP-Abgeordneten in Rom interveniert und Teilerfolge eingefahren. Nicht ohne Stolz vermeldete Daniel Alfreider am 24. November, dass Südtirol und das Trentino 2017 je 70 Mio. € und

2018 bis 2030 je 50 Mio. € an Verwaltungsüberschüssen pro Jahr und Provinz behalten dürfen. Das sind bis 2030 unterm Strich 1,45 Mrd. €, die im Land bleiben. Noch unklar ist, was mit den restlichen Verwaltungsüberschüssen passiert. Persönlich würde ich dafür plädieren, zwischenzeitlich so viel Geld wie möglich in die Reservefonds zu „parken“, um sie in danach unter Umständen in den Rotationsfond hinüberschieben zu können. Das Durchforsten überdotierter Ausgabenkapitel erledigen einige fleißige Landesbedienstete in Samstags- und Sonntagsarbeit. Damit das Theater ein Ende findet und wir bis Weihnachten einen genehmigten Landeshaushalt 2017 haben. Und in den öffentlichen Einrichtungen endlich Planungssicherheit!

N.194/14.01.2017



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Krasse gesellschaftliche und wirtschaftliche Ungleichheiten, wie sie immer mehr zutage treten, kann sich niemand wünschen – schon aus rein ethischen Gründen nicht. Was Wunder, wenn politische Entscheidungsträger verstärkt das Wort soziale Gerechtigkeit in den Mund nehmen. Leider wissen die wenigsten, wie eine soziale Ausgewogenheit zu erreichen ist.

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat in langjähriger Forschungsarbeit die Erfahrungen vieler Staaten ausgewertet und einen „Baukasten“ zusammengestellt, der Ungleichheiten eineben hilft. Die vier wichtigsten „Werkzeuge“ sind Arbeitsmarkt, Steuern, Wohlfahrt und öffentli-



che Investitionen. Je mehr und je ausgewogener Junge und Alte, Männer und Frauen am Arbeitsmarkt teilnehmen, desto besser stehen die Chancen für eine gerechte Gesellschaft. Positiv stehen jene Länder hervor, in denen das unbefristete Arbeitsverhält-

Der Baukasten für soziale Gerechtigkeit

*Die immer größeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten werden mehr und mehr Gegenstand öffentlichen Interesses. Die **OECD** zeigt auf, wie und wo man handeln muss.*

nis die Hauptvertragsform darstellt und wo atypische Arbeitsformen nur am Rande vorkommen. Weitere gute Voraussetzung: wenn Löhne zeitnah nachverhandelt werden und es konkrete Ergebnisse gibt.

Die Steuern müssen weg von Einkommen aus Arbeit und hin zu den Vermögen, den Renditen und auch den Immobilien, die über den Grundbedarf einer Familie hinausgehen. Einkommen müssen progressiv besteuert werden. Entschieden zu forcieren ist der Kampf gegen die Steuerhinterziehung und Steuerflucht.

Die öffentliche Wohlfahrt muss die Grundbedürfnisse universell abdecken, etwa über eine soziale Mindestsicherung. Zusatzleistungen gibt es nach Bedarfsprüfung oder

einkommensabhängig. Für arbeitsgefährdete Menschen (Arbeitslose, gering Beschäftigte, alleinlebende Senioren, Alleinerziehende, Großfamilien, Zuwanderer) sind Sondermaßnahmen nötig.

Die öffentlichen Investitionen in ein hochwertiges und allen zugängliches Bildungssystem sind die beste Voraussetzung für Chancengleichheit. Auch die Kleinkindbetreuung wirft eine hohe Bildungsrendite ab. Nicht zu vergessen die Non-Profit-Organisationen und das Ehrenamt. Sie sorgen für den sozialen Kitt. Zwischen ESF-Skandal, sinkenden Landesbeiträgen und dem immer komplexeren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen hat dieser Sektor in Südtirol auch schon bessere Zeiten erlebt.

N. 196/28.01.2017



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

„Eigenheim, Glück allein“. Das passt, frei nach dem alten Sprichwort, einfach gut zu uns Südtirolern. Aber das war nicht immer so. Im Jahr 1951 wohnten 40 % der Südtiroler in Eigentum, aber 53% in Miete, ergab die Volkszählung damals. Dies sollte sich gründlich ändern. Das Land Südtirol war ab dem zweiten Autonomiestatut 1972 darauf ausgelegt, allen Südtiroler Familien den Weg zum Eigenheim zu ebnet. Aktuell (2011) sind 69% des Wohnbestandes Eigentum, nur 25% sind gemietet.

Die Eigentumswohnung hat für die Südtiroler immer noch einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Die Ergebnisse des jüngsten AFI-Barometers belegen es deutlich. 61% der befragten Arbeitnehmer sehen darin eine Investition in die eigene Zukunft,



57% sehen es als Hinterlassenschaft an die Kinder. Für weitere 45% ist es ein Schutz für die Familie. Und so kommt es, dass die Südtiroler bis zum heutigen Tag fleißig Wohneigentum kaufen. Das zeigen die Zahlen der Wohnbauförderung ebenso wie die Kreditdaten der Banken.

Doch am sonnigen Südtiroler Himmel ziehen Wolken auf. Immer mehr Südtiroler sehen in den

Vom Eigentum zur Nutzung

*Fahrrad, Ski, Rodel, Auto: Vieles wird bereits **geliehen und gemietet statt gekauft**. Bei der Wohnung weniger. Da hängen wir Südtiroler noch sehr am Eigenheim.*

hohen Immobilienpreisen eine fast überwindbare Hürde. Ein normaler Lohn und der Kaufpreis einer Wohnung passen immer weniger zusammen. In der Wahrnehmung vieler Arbeitnehmer schwindet ein Traum.

Das wirft die Frage auf, inwiefern das Prinzip Eigentum noch zeitgemäß ist. Denken wir an die kleineren Haushalte, die steigenden Trennungs- und Scheidungsraten, an die vielen Patchworkfamilien, die Wechsel von Beruf oder Wohnort. Ist das Eigenheim vor diesem Hintergrund noch ein Schutz oder nicht eher eine tickende Zeitbombe? Gerade die Wohnungsfrage kann bei Trennung oder Scheidung den einen oder anderen Partner in arge finanzielle Nöte

stürzen. Zahlt es sich aus, über Jahrzehnte klemmen zu müssen und weniger zu leben, nur um einen Wohnungskredit abzahlen zu können?

Dabei wollen wir Südtiroler längst nicht alles besitzen. Wir leihen uns Rodeln, Ski und Fahrräder. Sogar mit anderen sich ein Auto teilen („car-sharing“) wird modern. Warum sollte der Trend „Mieten statt Kaufen“ nicht auch auf das Wohnen überschwappen? In Nordeuropa und besonders in Skandinavien – also Länder, die Vorbilder für Chancengleichheit, soziale Mobilität und Wohlstand sind – ist der Anteil an Mietwohnungen sehr hoch und die Verschuldung von Familien aufgrund von Wohnungskauf sehr niedrig.

N. 170/23.07.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Im Zuge der letzten Wirtschaftskrise sackte die volkswirtschaftliche Nachfrage europaweit merklich ab. Mit dem Ziel, die Investitionen wieder anzukurbeln, hat die Europäische Kommission Ende 2014 den sogenannten „Juncker-Plan“ ins Leben gerufen. Diese Investitionsoffensive fußt auf drei Säulen: auf einen Garantiefonds für strategische Investitionen mit besonders hohem Risikoprofil, ein Portal für europäische Investitionsvorhaben und eine Agenda zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen. Wie es um den „Juncker-Plan“ knapp ein Jahr nach Inkrafttreten steht, geht aus dem Fortschrittsbericht von Prometeia hervor – ein Wirtschaftsforschungsinstitut mit Sitz in Bologna, das dem früheren Premierminister Prodi nahesteht.

Das Institut stellt fest, dass sich die Tätigkeiten bislang sehr stark



auf die erste Säule – die strategischen Investitionen – konzentriert haben. Die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) genehmigten Infrastruktur- und Innovationsprojekte sind 57 an der Zahl und betreffen Finanzierungen in Höhe von 7,8 Mrd. €. Die Finanzierungsvereinbarungen mit KMU, die von der EIB gezeichnet wurden, waren 165, für einen Gegenwert von 3,4 Mrd. €. In Sachen genehmigte Projekte ist Italien der aktivste von den 25 am Juncker-Plan beteiligten EU-Staaten, gefolgt von Frankreich

Italien an der Spitze

Dass Italien in Wirtschaftstatistiken positiv auffällt, hat Seltenheitswert. In der Beteiligung am europäischen Juncker-Plan hat Italien die Nase vorn.

und Großbritannien. Italien zählt 8 Infrastruktur- und Innovationsprojekte für einen erwarteten Investitionswert von 4,8 Mrd. € und 25 Finanzierungsvereinbarungen mit KMU für 7,8 Mrd. €. Die 8 Großprojekte betreffen die Modernisierung der Anlagen für die Einführung neuer Produkte (Arvedi), die Installation von innovativen Technologien für den Produktionsprozess (Novamont), den Ankauf von Zügen (Trenitalia) und von Schiffen für den Transport von Fahrzeugen (Euromed), die Installation von elektronischen Verbrauchszählern (2i Rete gas), die Entwicklung von Breitbandnetzen (Telecom Italia), die Verbesserung der Energieeffizienz (Raffineria di Milazzo) und den Ausbau der dritten Fahrspur der Autobahn A4 (Autovie Venezia). Prometeia geht davon aus,

dass Italien in den nächsten Monaten auch Projekte einreichen wird, die vom Staat mitfinanziert werden. Die italienische Regierung hat Investitionen in Höhe von 946 Mio. € geplant, die in den Juncker-Plan eingefügt werden sollen und sich im Rahmen der Flexibilisierungsklausel von 0,3% des BIP bewegen, für die Ministerpräsident Renzi die Europäische Kommission gewinnen will. Dazu gehören der Ausbau des Breitbandnetzes und wichtige Infrastrukturprojekte wie Pedemontana Veneta und Pedemontana Lombardia.

Solange die EU an ihrer restriktiven Haushaltspolitik festhält, ist der Juncker-Plan ein Schlupfloch, um zukunftsweisende öffentliche Investitionen zu tätigen und somit den Wirtschaftsstandort aufzuwerten.

N. 175/23.08.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Als klassisches Durchzugsland schleust Südtirol viele Waren aus dem deutschen in den italienischen Wirtschaftsraum. Gleichzeitig importieren Südtirols Unternehmen Rohstoffe und Halbfertigprodukte vorwiegend aus Norditalien. Bedingt durch die kleinbetriebliche Struktur ist der Warenhandel mit dem Ausland nicht annähernd so stark entwickelt wie beispielsweise im Veneto oder in Bayern. Stark ist Südtirol aber im Tourismus. So stark wie keine andere italienische Provinz mit Ausnahme von Rimini. Umgekehrt findet ein gewisser Kaufkraftabfluss statt, weil Südtiroler auch außerhalb des Landes einkaufen. Wie schaut nun die Bilanz all dieser Waren- und Kaufkraftflüsse unterm Strich aus?

Die Antwort findet sich in der ASTAT-Mitteilung Nr. 63/2014, wo die sogenannte Input-Output-Tabelle den Wirtschaftskreislauf in



Südtirol vereinfacht darstellt. Damit lässt sich die Verflechtung der heimischen Wirtschaft mit dem restlichen Staatsgebiet und mit dem Ausland ableiten. Und hier zeigt sich die wahre Außenorientierung Südtirols.

Beginnen wir mit den auswärtigen Handelsbeziehungen. Die Ausgaben der Touristen in Südtirol gelten als Export, weil damit

Südtirol – von wegen niedrige Exportquote!

Die Außenhandelsstatistiken verleiten zur Annahme, Südtirol sei exportträchtig. In Wirklichkeit ist kaum eine Region so außenorientiert wie Südtirol.

ja Kaufkraft ins Land fließt. Die Ausgaben der Südtiroler im Ausland gelten als Import, weil es ein Kaufkraftabfluss ist. So gerechnet exportiert Südtirol Leistungen (Warenausfuhr plus Touristen) im Gesamtwert von 6.471 Mio. €. Im Gegenzug importiert Südtirol Leistungen (Wareneinfuhr plus Auslandsausgaben von Südtirolern) im Wert von 4.047 Mio. €. Der grenzüberschreitende Saldo ist mit 2.424 Mio. € eindeutig positiv.

Anders die Wirtschaftsbeziehungen Südtirols zum restlichen Staatsgebiet. Die Ausfuhr von Waren in andere Provinzen und die italienischen Touristen schwemmen Kaufkraft im Wert von 6.767 Mio. € ins Land. Durch unsere Einkäufe in anderen italienischen Regionen fließen hinge-

gen 7.579 Mio. € an Kaufkraft aus Südtirol ab. Der „interregionale“ Saldo fällt mit minus 812 Mio. € negativ aus.

Das ASTAT mahnt in der Interpretation der Zahlen zur Achtsamkeit. Abhängig vom Exportwert, den man mit dem BIP ins Verhältnis setzt, erhält man für Südtirol folgende Ergebnisse: 22,0%, wenn nur der Export von Gütern ins Ausland berücksichtigt wird; 51,1%, wenn auch der Export von Gütern in die anderen Regionen Italiens berücksichtigt wird; 70,6%, wenn auch die Ausgaben der Nicht-Wohnbevölkerung hinzugezählt werden. Zum Vergleich: Letzterer Wert beträgt für Italien 28,4%.

Von wegen eingeeigelt! Südtirol ist ein ausgesprochen außenorientiertes Land.

N. 178/17.09.2016

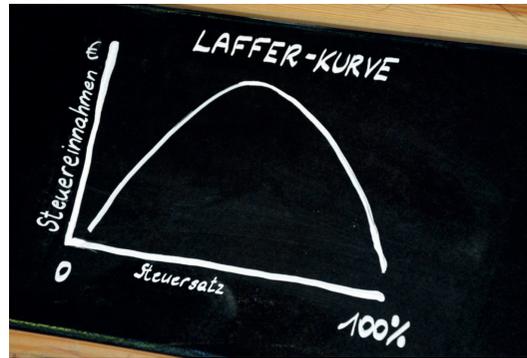


Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Washington im Herbst 1974. Vier Herren treffen sich zum Abendessen. Gastgeber ist Donald Rumsfeld, der Stabschef des Präsidenten. Es geht um die Steuerpolitik der US-Regierung. Da zeichnet der Chicagoer Wirtschaftsprofessor Arthur B. Laffer eine Kurve auf seine Serviette. Sie sollte als Laffer-Kurve in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. „Reaganomics“ war geboren.

Laffers Grundgedanke ist einfach: Bei einem Steuersatz von null beträgt der Steuerertrag ebenfalls null. Dasselbe gilt für einen Steuersatz von 100%, denn da würde niemand arbeiten wollen. Bei Sätzen dazwischen fällt für die Staatskasse ein Ertrag ab. Es ist also zwingend, dass die Kurve zwischen den beiden Extremen einen Scheitelpunkt haben muss.



Ab diesem Punkt führen höhere Steuersätze zu sinkenden Steuererträgen. Der Haken an der Sache: Es ist so gut wie unmöglich anzugeben, ob sich eine Steuer links oder rechts vom Scheitelpunkt befindet. Dessen ungeachtet senkte die Reagan-Administration die Steuern auf Einkommen. Sie erlitt in den Folgejahren schrittweise Einnahmeverluste, was zu steigenden Haushaltsdefiziten führte.

Szenenwechsel. Kaum ist der Sommer vorbei, entbrennt in Südtirol

Die Laffer-Kurve

Die Laffer-Kurve beleuchtet den Zusammenhang zwischen **Steuerdruck und Steuereinnahmen**. Warum sie für den Landeshaushalt 2017 aktuell ist und was wir daraus lernen können.

die Diskussion um den Landeshaushalt 2017. Dank guter Konjunktur und Sicherungspakt mit Rom sei er gut dotiert, gibt Landeshauptmann Arno Kompatscher bekannt. Hinzuzufügen ist: Auch dank eingedämmter Schwarzarbeit (die bezuschussten Sanierungen im Baugewerbe sind Gold wert!) und gestiegener Meldemoral - anders würde sich ein so starker Zuwachs an Arbeitsverträgen in Südtirol nicht erklären. Nun fordern die Wirtschaftsverbände weitere Steuersenkungen. Die Gewerkschaften werden folgen. Wie soll dem begegnet werden? Erstens zeigt die Laffer-Kurve klar, dass Steuerreduzierungen nicht automatisch zu höheren Einnahmen führen müssen. Zweitens

hat das Land Südtirol den Spielraum von Steuersenkungen schon weitgehend ausgeschöpft. Drittens, was passiert, wenn es Ministerpräsident Renzi einfällt, als Wahlgeschenk für das Verfassungsreferendum den mittleren IRPEF-Steuersatz um 2 Prozentpunkte zu senken? Das entstehende Einnahme-Loch würde den ganzen Landeshaushalt aus den Fugen heben.

Das heißt nicht, dass man die Forderungen der Sozialpartner abschmettern muss. Eine interessante Option wäre, die Senkung des Steuerdrucks an die Erfolge im Kampf gegen die Steuerhinterziehung zu koppeln, nach dem Prinzip: wenn alle zahlen, zahlen alle weniger. Das wäre gerecht, das wäre innovativ.

N. 181/15.10.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Meinen Standpunkt in Sachen Brennercom habe ich schon vor rund 16 Monaten deutlich gemacht („Allgemeingut Breitband“/Wirtschaft Quer 20.06.2015): Aufgabe der Politik ist es, neben dem gesetzlich-bürokratischen Rahmen für die Bereitstellung der Infrastruktur zu sorgen. Nur so kann Chancengleichheit sichergestellt werden, nur so kann fairer Wettbewerb für alle Privaten zu gleichen Bedingungen stattfinden. Nun ist es Landeshauptmann Arno Kompatscher und seinem Team recht gut gelungen, das öffentlich-private Konstrukt Brennercom zu entflechten. Jetzt gibt es eine klare Trennung zwischen der öffentlichen Infrastruktur und den privaten Betreibern von Diensten, die sich gerne im Wettbewerb begegnen können. Zitat Kompatscher: „Die Datenautobahn muss dem Land gehören, wer dann darüber fährt



und die Maut zahlt, ist zweitrangig“. Ob das Land mit der Brennercom das große Geschäft gemacht hat, ist in der stark wachsenden Technologiebranche nicht zweifelsfrei feststellbar. Die Aussage des Landeshauptmanns, dass „eine gute Vereinbarung am Ende keine Besiegten, sondern nur Gewinner hinterlässt“, deutet aber darauf hin, dass bis zum Schluss hart verhandelt wurde. Viel wichtiger als der finanzielle Aspekt ist jedoch, dass an der

Trennlinien!

Wie weit soll sich das Land zusammen mit Privaten in Unternehmen einlassen, wo das öffentliche Interesse vorherrscht? Ein Statement zum **Fall Brennercom**. Und warum **PPP-Modelle** mittelfristig zum Scheitern verurteilt sind.

Brennercom ein Exempel statuiert wurde. Es wurde dem Grundsatz Geltung verschafft, dass es eine klare Trennlinie geben muss zwischen dem, was Verantwortung der öffentlichen Hand ist und dem, was der Privatwirtschaft überantwortet bleibt. Leider droht auch in vielen anderen Bereichen diese Trennlinie zu verschwimmen: In der Sanität, in der Bildung, bei Verkehrsinfrastrukturen, in den Nahverkehrsdiensten. Ganz offen gesagt, PPP-Modelle, also die Geschäftspartnerschaft von öffentlichen und privaten Teilhabern in unternehmerisch tätigen Gesellschaften, scheinen mir wie dafür gemacht, diese Trennlinie verwischen zu lassen. In PPP-Konstrukten ist das „win-win“ die Ausnah-

me, Regel ist die Verquickung von privaten und öffentlichen Interessen – mit dem hohen Risiko, dass Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert werden. Neue staatliche Bestimmungen fordern ein, dass Interessenkonflikte und Unvereinbarkeiten im öffentlichen Dienst der Nationalen Antikorruptionsbehörde ANAC gemeldet werden. Aber was sind PPP-Modelle anderes als ein einziges großes Konstrukt von Interessenskonflikten und Unvereinbarkeiten? Spätestens sobald die ANAC ernst macht und die ersten Führungskräfte im öffentlichen Dienst Strafanzeigen erhalten, sind die PPP-Modelle gestorben. Deshalb: Zurück zu klaren Trennlinien!

N. 161/22.05.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Die Landesverwaltung hat ihre Ämter, Schulen, Museen und andere öffentlichen Einrichtungen in über mehr als 591 Immobilien-einheiten untergebracht. Insgesamt sprechen wir von 300 Gebäuden. Allein die Energiekosten betragen jedes Jahr 16,7 Mio. €. Nun hat das Land den Energiefressern den Kampf angesagt. Schrittweise sollen die Gebäude saniert und energetisch optimiert werden. Mit Daniel Bedin hat die Landesregierung dafür eigens einen „Energie-Manager“ ernannt. Er wird zusammen mit den Experten von Eurac und Klimahaus Agentur Maßnahmen entwickeln und umsetzen, die den Energiebedarf der 300 Gebäude bis 2030 um mindestens 30% senken. Es ist zweifelsfrei ein Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel scheint hoch gesteckt zu sein. Trotzdem betrifft es nur einen Teil der öffentlichen Einrichtungen. Von der Energieoffensive



Kampf den Energiefressern

Mit neuer, intelligenter Technologie will das Land bei den öffentlichen Gebäuden bis 2030 fast ein Drittel der Energiekosten einsparen: Das ist gut für die Umwelt, gut für die öffentlichen Haushalte, gut für die heimische Wirtschaft.

des Landes ausgeschlossen ist zum Beispiel der gesamte Wohnungsbestand des WOBI. Auch dürften die Hallen- und Erlebnisschwimmbäder fehlen. Ganz außen vor bleiben die Gebäude mit dem größten Energiedurst, nämlich die Krankenhäuser. Laut Energieexperten benötigen diese ein Vielfaches an Strom und Brennstoffen im Verhältnis zu anderen öffentlichen Gebäuden. Trotz dieser prominenten Ausnahmen ist das neue Energiemanagement des Landes gleich dreifach sinnvoll. Es trägt zum sorgsamem Umgang mit der Umwelt bei und hilft Südtirol, die Klimaziele zu erreichen. Es ist gut für die öffentlichen Haushalte, weil der Aufwand für Heizung und Kühlung weniger wird, ohne dass die Wohnqualität leidet. Schließlich ist das Vorhaben auch für die Wirtschaft sinnvoll, weil es den

hiesigen Bau- und Technologieunternehmen Aufträge verschafft. Das passt gut in einen größeren Rahmen hinein. Wie kürzlich auf einer Tagung an der Cusanus-Akademie anhand von Euroconstruct-Daten aufgezeigt wurde, entfallen 73,7% des Umsatzes im italienischen Bausektor auf die Wiedergewinnung von Altbauten. Das ist europäischer Spitzenwert. Da Italien sehr viel historische Bausubstanz hat, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass dieses Niveau noch lange gehalten werden kann. Die entsprechenden steuerlichen Begünstigungen wie der Öko-Bonus (Steuerabzug von 65 % für Sanierung bzw. Energieeinsparung an bestehenden Gebäuden) wurden für weitere drei Jahre bestätigt. Also, es gibt viel zu tun in Südtirol und noch viel mehr in Italien, packen wir's an!

N. 165/18.06.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

In der Regel sind Bevölkerungszahlen bestenfalls eine Randmeldung wert. Die Zahlen, die das nationale Statistikinstitut ISTAT letzte Woche bekannt gegeben hat, schafften es aber auf die Titelseiten: Am 31.12.2015 waren in Italien 60.665.551 Personen ansässig. Zum ersten Mal seit 90 Jahren schrumpft die Bevölkerung im Staatsgebiet, und zwar um ganze 130.061 Einheiten. Der Rückgang betrifft Personen mit italienischer Staatsbürgerschaft (-141.777). Die Einwohner mit ausländischer Staatsbürgerschaft nehmen leicht zu (+11.716). Hauptgrund für den Bevölkerungsrückgang ist der negative Saldo zwischen Sterbefällen und Geburten (knapp -162.000). Demgegenüber ist der Wanderungs-

saldo (Einwanderungen minus Auswanderungen) nach wie vor positiv (+133.000), wenn auch nicht mehr im Ausmaß vorangegangener Jahre. Die Interpretationen sind unterschiedlich. Fakt ist, dass Italien schon seit einigen Jahrzehnten nicht gerade nachwuchsfreundlich ist. Die Gründe dafür sehen die meisten in der hohen Arbeitslosigkeit und einem Einkommensniveau, das junge Paare vom Kinderkriegen abschreckt. Aber auch die Wohnpolitik und der Wohlfahrtsstaat sind



Ein Land schrumpft

Erstmals seit 90 Jahren ist die Bevölkerungszahl in Italien rückläufig. Die damit verbundenen Problematiken sorgen für Gesprächsstoff.

in Italien nicht gerade jugend- und familienfreundlich, wie Vergleiche mit anderen europäischen Staaten zeigen. Die Folge: In Italien liegt die Fertilitätsrate unter 2 Kindern pro Frau, was mathematisch eine gleichbleibende Bevölkerungszahl auch ohne Einwanderung garantieren würde. Es stellt sich die Frage, ob es überhaupt ein Problem ist, wenn die Bevölkerung schrumpft. Die Bevölkerungszahl ist wohl die wichtigste Kenngröße einer Gesellschaft. Ob Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Renten- oder Bildungssystem, alle sind beeinflusst von der Bevölkerungszahl. Sie bestimmt indirekt die Wirtschaftskraft einer Nation. Sie bestimmt das zu-

künftige Arbeitskräftepotential. Sie zeigt auf, über welche Humanressourcen morgen das System verfügen kann. Sie sorgt für den Stabwechsel der Generationen und damit für stabile Renten- und Sozialversicherungssysteme. Zu bedenken ist, ob die Weltbevölkerung so wie bisher weiter wachsen kann. Heute leben 7,4 Mrd. Menschen auf der Welt, im Jahr 1927 waren es noch 2 Mrd. Es ist schlussendlich eine Frage der geopolitischen Gleichgewichte. Und der Loslösung von Systemanforderungen. Wer sagt denn, dass wir Kinder brauchen, um Rentensysteme abzusichern? Möglich wäre auch, das System an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

N. 166/25.06.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Diese Woche war geprägt vom Brexit. Die Beweggründe für den Ausstieg sind vielschichtig. Genannt werden die wachsenden Gegensätze zwischen Arm und Reich, eine verfehlte Einwanderungs- und Integrationspolitik, unglückliche Entscheidungen der Vorgangsregierungen, ein europäisches Regelwerk, das immer öfter als Schranke denn als Chance gesehen wird. Am Freitag hat das britische Volk knapp aber doch mehrheitlich für einen Austritt Großbritanniens aus der EU gestimmt.

Fast zeitgleich und unsichtbar ist ein Dogma gefallen. Wie Mark Schieritz in „DIE ZEIT“ schreibt, hat der Internationale Währungsfond eingeräumt, dass die Entfes-



selung der Marktkräfte die Wirtschaft nicht wie erhofft gestärkt, sondern vielmehr geschwächt hat. Dabei war es gerade der IWF, der diese Entfesselung stets mit großem Eifer vorangetrieben hat. Wenn sich der IWF jetzt vom Neoliberalismus distanzieren, dann sei das ungefähr so, als gäben die Grünen die Ökologie auf oder der Papst schwöre dem Katholizismus ab, schreibt der „ZEIT“-Autor. Tatsächlich haben sich die Verheißungen der neoliberalen Revolution,

Europa muss sich neu besinnen

Als überzeugter Verfechter des vereinten Europa bedauere ich den **Austritt Großbritanniens aus der EU**. Gleichzeitig befürworte ich eine neue und andere europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Kann der **Brexit** die Abkehr vom **Neoliberalismus** beschleunigen?

die mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den 1980ern ihren Siegeszug antrat, nicht erfüllt.

Heute befindet sich die Weltwirtschaft in einem permanenten Krisenzustand, für die Fehlspekulationen einer globalen Finanzelite musste die Allgemeinheit aufkommen, und in fast allen Industrieländern ist die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden. Und es kann kaum der Wohlfahrt dienen, wenn Devisenhändler Milliarden um den Erdball jagen. Das Scheitern des Neoliberalismus sei jedoch nicht mit dem Scheitern der Marktwirtschaft gleichzusetzen, differenziert Mark Schieritz:

„Gescheitert ist eine spezifische Form der Marktwirtschaft, die auf gesellschaftliche Belange keine Rücksicht nimmt“.

Ich wünsche mir, dass das vereinte Europa Lehren daraus zieht und sich wieder verstärkt auf seine Grundwerte besinnt: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, soziale Marktwirtschaft. Die Europäische Union muss in diesen Tagen und Monaten die wohl schwierigste Bewährungsprobe ihrer Geschichte bestehen. Ist sie überstanden, können die europäischen Kernwerte über den Trümmern des Neoliberalismus wieder aufblühen.

N. 169/16.07.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Aktuell schaut es danach aus, dass vor allem Eines Hochkonjunktur hat: das Minuszeichen. Unternehmen klagen über sinkende Preise im Verkauf. Fallende Rohstoffpreise führen zu deflationären Tendenzen. Sogar Zinsen rutschen ins Minus – siehe die Negativ-Rendite von zehnjährigen bundesdeutschen Staatsanleihen. Diese konjunkturelle Lage wäre weiter nicht problematisch, würde es sich nur um das normale Auf- und Ab der Wirtschaft handeln. In der Vergangenheit folgten auf Abschwung und Rezession stets lange Aufschwung- und Boom-Phasen. So konnte der Wohlstand in Europa über Generationen hinweg gesteigert werden.

Was über Jahrzehnte als ungeschriebenes Gesetz galt, könnte nun ernsthaft ins Wanken kommen. Laut Der Spiegel scheint es, als löse sich eine lange als gültig



geglaubte Gewissheit auf. Die Gewissheit, dass es der nächsten Generation besser gehen werde als der vorhergehenden. Die „Babyboomer“, also die Jahrgänge der 1960er, hätten ziemlich paradisiische Zeiten erlebt, so Der Spiegel weiter. Alle makroökonomischen Voraussetzungen waren damals zu Gunsten der jungen Generation. Die Wirtschaft florierte über viele Jahre, die Zinsen waren

Die Minusgesellschaft

Sinkende Verbraucherpreise, Deflation, **Zinsen unter null**. Momentan scheint es nur in eine Richtung zu gehen, nämlich nach unten. Nur vorübergehend?

hoch und die Sozialabgaben vergleichsweise niedrig, auch weil die Babyboomer, weil zahlreich, die Rente der Kriegsgeneration problemlos stemmen konnte. Heute haben sich die Vorzeichen all dieser Faktoren ins Negative gekehrt. Auch die Arbeitswelt hat sich im Lauf der Zeit dramatisch gewandelt: Staatsunternehmen wurden privatisiert, Branchen gerieten in Straucheln, zahllose prekäre Jobs entstanden. Heute halten zeitlich befristete Verträge selbst Akademiker über Jahre in einer Spirale der Unsicherheit. In Deutschland wird nur jeder dritte Angestellte nach einer Befristung übernommen. Gerade in Branchen, die in den letzten Jahren in eine Krise schlitterten oder unter Kostendruck gerieten, ist eine regelrechte Klassengesellschaft

zwischen neuen und alten Beschäftigten entstanden, de facto also zwischen Jung und Alt. Darüber hinaus machen es die aktuellen Niedrigzinsen den Jungen schwer, Geld anzuhäufen und sich ein finanzielles Polster zuzulegen. Beobachter warnen davor, einen Generationenkonflikt herbeizureufen. Gleichzeitig sehen sie aber auch in den inzwischen alt gewordenen Babyboomern eine demografische Macht und eine mächtige Lobby, die ihre Überzahl ausnutzt, um ihren Status quo zu zementieren. Der Brexit ist exemplarisch für dieses Dilemma. Die britischen Wähler jenseits der 50 haben mehrheitlich für den EU-Austritt gestimmt und den jungen Briten damit eine Entscheidung aufgezwungen, die sie womöglich um ihre Chancen bringt.

N. 171/30.07.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



In zwei Wochen soll für alle Öffentlichen Verwaltungen in Italien nur noch ein Prinzip gelten, nämlich das der vollständigen digitalen Weiterleitung von Dokumenten. Der „Kodex der digitalen Verwaltung“ beinhaltet eine Reihe von Neuerungen, um die Digitalisierung deutlich anzustoßen. Beispielsweise hat in Zukunft das Faxgerät ausgedient. Ebenso Einsendebriefe. Sie werden von Korrespondenz über PEC-Postadressen ersetzt. Der Haken an der Sache: Für Bürger bleibt weiterhin die Möglichkeit aufrecht, Dokumente in Papierform bei den Öffentlichen Verwaltungen einzureichen. Dies bedingt für die Verwaltungen den Mehraufwand der Überführung der Unterlagen in die digitale Form. Ein Umstand, der so manchen Verwalter mehr als Kopfzerbrechen bereitet. Dennoch, an der Digitalisierung wird kein Weg vorbeiführen. Süd-

tirol ist diesbezüglich nur wenig besser als Italien und im europäischen Vergleich durchaus kein Vorzeigeland: Nur 7 von 10 Südtirolern verwendeten im Jahr 2015 gelegentlich das Internet. Besonderen Nachholbedarf gibt es, was die Interaktion zwischen Bürgern und Öffentliche Verwaltung angeht: In Südtirol übermitteln 18% der Bürger ausgefüllte Formulare online an die Öffentliche Verwaltung, weit entfernt von Erfahrungswerten in Dänemark und Skandinavien.

So ambitioniert das Vorhaben der Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung auch sein mag, so schwierig ist dessen Umset-

zung, vor allem auf kurze Sicht. Sie trifft nicht nur die Verwaltung unvorbereitet, auch Teile des Unternehmertums und ganze Bürgerschichten: die Verwaltung, weil sie noch nicht über die Softwarelösungen (digitale Überführung, Archivierung, Dokumentverwaltungssystem) und entsprechend ausgebildetes Personal verfügt. Die Unternehmen, weil einige Sektoren noch immer ziemlich abgeschnitten von der Internetwelt sind. Exemplarisch hierfür ist der jüngste Hilferuf des Südtiroler Bauernbunds: Vor einigen Tagen wurden bekannt, dass von den rund 18.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Südtirol 5.000 bis 6.000 keine Internetverbindung bzw. keinen Computer haben. Der Verband sprach offen

seine Sorge aus, zumal ab 11. August die Pflicht greife, alle Förderungsansuchen nur mehr digital einzureichen.

In diesem Zusammenhang wird die wichtige Rolle unterstützen der Dienstleister deutlich. Ob es die Steuerbeihilfszentren oder Patronate sind, die den Bürgern bei Fragen des Arbeitsrechts, Steuererklärungen, Renten, Vor- und Fürsorge zur Seite stehen oder Wirtschaftsverbände, die für ihre Mitglieder Investitions- und andere Förderungsansuchen abwickeln: In diesem kritischen Moment sind es Einrichtungen, die gestärkt werden müssen, will man die digitale Spaltung der Gesellschaft vermeiden. Das Projekt „Digitale Verwaltung“ steht und fällt mit der Aufrechterhaltung dieser Schnittstellen.

Total digital

Ab 11. August 2016 läuft in den **Öffentlichen Verwaltungen Italiens alles nur noch digital.**
Wirklich glauben tun das wenige.

N. 174/19.08.2016



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Landeshauptmann Arno Kompatscher war kohärent: „Der Volksentscheid zum Flughafen werde eins zu eins umgesetzt“. Vorbei die letzte Hoffnung jener, die mit Berufung auf die Geschichte ihn daran erinnern wollten, dass ein Volk auch irren könne. Keine sechs Wochen nach dem Referendum findet auf Schloss Prösels eine hochkarätig besetzte Tagung statt: „Zukunft Alpen - Bahnbrechende Ideen für die Mobilität“. Die SAD AG stellt ihre Visionen zum Nahverkehr in Südtirol vor. Ohne Umschweife erläutert Ingemar Gatterer, der dynamische neue Mehrheitseigentümer der Gesellschaft, dass der Ausgang des Flughafen-Referendums neue Chancen eröffne. Mit der Fertigstellung des Brennerbasistunnels im Jahr 2026 werde Südtirol in eine neue Dimension der Mobilität vorstoßen: 100 Millionen Menschen werden Südtirol

mit der Bahn in nur wenigen Stunden erreichen: von Paris werden es 7, von Berlin 6, von Wien 3 und von München 2 sein. Seine Gesellschaft wolle sich der Herausforderung stellen und mit innovativen Verkehrslösungen Südtirols Position stärken. Das Projekt Dolomiten-Bahn etwa, eine Eisenbahnverbindung zwischen Bozen und Cortina. Projektleiter Helmuth Moroder sprach begeistert von der „schönsten Bahn der Welt“. Im Gespräch sind auch die Überetscher Bahn, die Grödner

Die unerträgliche Leichtigkeit des Neins

*Mit dem Nein zum **Flughafen Bozen** erschließen sich für Südtirols Mobilität neue Wege. Mit einer Leichtigkeit, welche für die Flughafen-Befürworter schier unerträglich sein muss.*

Bahn, die Verbindungen Toblach-Cortina, Mals-Graubünden und Mals-Landeck. Allesamt Projekte, die nicht nur Wirtschaftsvertreter wie Christof Oberrauch und Manfred Pinzger, sondern auch Köpfe wie Reinhold Messner und Hanspeter Dissinger, den Vorsitzenden des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz, überzeugen.

Kritiker meinen, die Tagung sei in erster Linie eine wirksame Inszenierung der SAD AG gewesen. Sie sollte über das wahre Ziel der SAD AG hinwegtäuschen und das sei die Übernahme aller Konzessionen für die öffentlichen Busdienste und den Schienenverkehr in Südtirol. Ein privater Monopolist würde aufkommen.

Was mich persönlich beeindruckt, ist etwas anderes: Wie schnell sich neue Wege auftun, sind einmal alte versperrt. Eine Parallele? Das „Ja“ zum Atomausstieg war die Voraussetzung, damit sich in Deutschland der Sektor der erneuerbaren Energien entfalten konnte. Vor zwei Monaten noch Feuer und Flamme für einen öffentlich finanzierten Flughafen, finden sich nun gar einige mit Ingemar Gatterer wieder, der sich in der Tageszeitung vom 29. Juli so zitieren lässt: „Ein Flughafen für mittlere Strecken verliert ohnehin an Attraktivität. Die Zukunft gehört den Hochgeschwindigkeitszügen“. Späte Einsicht ist besser als keine.

N. 186/19.11.2016

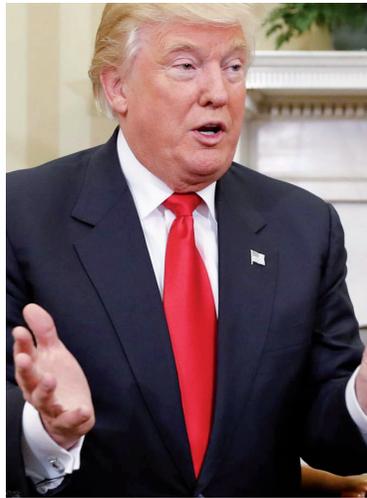


Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

„Soziale Gerechtigkeit in der EU“ heißt der Bericht, der Anfang dieser Woche von der Bertelsmann Stiftung vorgestellt wurde. Nicht gerade der Medienknüller. Aufgezeigt wird darin, wie gerecht es in den 28 Ländern der Europäischen Union zugeht. Soziale Gerechtigkeit sieht die Bertelsmann Stiftung in sechs Dimensionen: Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung, Gesundheit und Generationengerechtigkeit. Die Spitzenreiter sind Schweden, Finnland und Dänemark, die Schlusslichter heißen Spanien, Rumänien und Griechenland. Österreich belegt Platz 6, Deutschland reiht sich auf 7, Italien auf 24.

Das Ranking zeigt wenig Neues. Erst Trump und Brexit macht es hochinteressant. Hinter dem Social-Justice-Index steckt nämlich



nichts weniger als das Selbstverständnis Europas. Der Index widerspiegelt die Kernwerte der Europäischen Union – das, was die europäische Gemeinschaft im Innersten zusammenhält. Nicht ungezügelteres Vertrauen in die Märkte, unüberlegter Rückbau des Staats, starke Abhängigkeit von internationalen Finanzmärk-

Besorgt und geläutert

*Das Unglaubliche ist geschehen: Zuerst der **Brexit**, jetzt auch noch **Donald Trump**. Noch nie war ich ein so starker EU-Befürworter wie heute.*

ten und Ratingagenturen bringen Europa weiter. Vielmehr Chancengleichheit, Vollbeschäftigung, sozialer Ausgleich, Wohlfahrt. Für die eigene Identität tut es Not, in dieser wahrscheinlich schwierigsten Phase der Europäischen Union diese Werte in den Vordergrund zu stellen.

Aufmerksame Journalisten wissen um ihre gesellschaftliche Verantwortung und erkennen die politische Tragweite der Bertelsmann-Studie. Es geht um mehr als die Aufzählung von Parametern. Es geht darum, wie viel Europa in jedem einzelnen der Mitgliedsstaaten steckt und was getan werden muss, um Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Gründungsväter wieder auf Kurs zu bringen. Die Antwort auf Trump und Brexit kann nicht ein Weniger, sondern muss ein Mehr an Europa sein –

nicht in der Quantität, wohl aber in der Qualität.

Tageszeitungsherausgeber Arnold Tribus schreibt in einem Leitartikel, er setze nach den US-Wahlen seine Hoffnungen auf Angela Merkel. Ja, ich auch, und in Jean-Claude Juncker, Martin Schulz, und in den Südtirol-Freund und künftigen deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Die EU muss sich nicht neu erfinden, wohl aber braucht sie eine Kurskorrektur. Wenn wir aus dem Brexit und den US-Wahlen eine Lehre ziehen können dann die, dass die Politik die Sorgen der kleinen Leute ernst nehmen muss. Ob es um Flüchtlinge, Ausländer, die Kluft zwischen Arm und Reich oder den Hass auf die Eliten geht: Der Lösungsanspruch kann nicht den Populisten überlassen werden.

N. 192/02.01.2017



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Britney Spears ist nicht tot, genauso wenig wie Papst Franziskus ein Fan von Donald Trump ist oder Pakistan Israel mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht hat. In allen drei Fällen handelt es sich um Fake News. Das sind gezielte Falschmeldungen, die ins Internet gestellt werden, um Schaden anzurichten oder auch nur um massenhaft Seitenaufrufe zu generieren und damit Geld zu machen.

Bislang waren es Einzelfälle. Seit einigen Monaten aber ist diese Art von Kriminalität im Netz System. Beispiel US-Wahlkampf. Russischen Hackern soll es gelungen sein, auf das E-Mail-Konto von Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton zuzugreifen. „Spear Pishing“ nennt man das. Die Meldung, ein mit Hillary Clintons E-Mail-Skandal betrauter FBI-Ermittler hätte Selbstmord begangen, entpuppte sich als Fake



News. Erleben wir gerade einen Kalten Krieg im Netz?

Langsam treten die Schattenseiten des Internets ans Licht, einem Werkzeug, dem wir bislang nur gute Eigenschaften zugeschrieben hatten, die es zweifelsfrei auch gibt. Vielen Bevölkerungsschichten wurde der Zugang zu Information erst durch die Digitalisierung eröffnet, insbesondere in Ländern, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit noch nicht gesichert ist. Den Arabischen Frühling im Jahr 2011 hätte es ohne Internet wohl

Was können wir noch glauben?

*Falschmeldungen, sogenannte **Fake News**, sind ein Geschwür im Internet und in den sozialen Medien. Das verlangt nach **Gegenmaßnahmen** und mahnt zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Information.*

nicht gegeben. Mit den digitalen Medien sind aber auch große Gefahren verbunden: In der zunehmenden Flut von Information gestaltet sich der Selektionsprozess mühsam. Die Kontrolle über Inhalte und Urheberchaft von Meldungen ist derzeit nicht ausreichend gewährleistet.

Geläutert von der Erfahrung im US-Wahlkampf hat nun die deutsche Bundesregierung, aber auch die Europäische Union, der Verbreitung von Fake News den Kampf angesagt. In Deutschland befürchtet man, die Bundestagswahlen 2017 könnten von Falschmeldungen beeinflusst werden. EU-Kommissionspräsident Juncker erinnerte an die Selbstverpflichtung sozialer Medien, Standards einzuführen, um Manipulationen zu verhindern. Die Reaktionen kamen zaghaft. Mark Zu-

ckerberg kündigte an, Facebook werde falsche Meldungen präventiv auffangen, indem es sie von Nutzern kennzeichnen lässt. Eine Maßnahme, die zu kurz greift. Denn ist eine Falschmeldung erst einmal im Umlauf, verbreitet sie sich über die sozialen Medien in Windeseile. Richtigstellungen dringen meist nicht im selben Maß durch.

Vor allem aber stehen Journalisten in der Verantwortung. Es darf nicht jedes Online-Gerücht gleich aufgegriffen und verbreitet werden. Recherche ist Pflicht, keine Kür. In Zeiten von Informations- und Reizüberflutung werden sich jene Medien behaupten, die sich durch die notwendige Distanz, durch Recherchequalität und Glaubwürdigkeit auszeichnen. Warum nicht: Es wird die Renaissance der Wochenzeitschriften sein.

